



KIRCHE DES GERECHTEN FRIEDENS WERDEN

Dokumentation des
friedensethischen Prozesses in Baden



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	3
I. Der friedensethische Diskussionsprozess in der Badischen Landeskirche	4
1. Das Wunder von Baden.	4
2. Die Vorgeschichte ab 1980	4
3. Die Eingabe an die Badische Landessynode	4
4. Konsultationsprozess in den Bezirkssynoden und in der Landessynode	5
5. Konkretionen des friedensethischen Beschlusses vom 24. Oktober 2013	6
6. Einige Gründe für den Erfolg	7
II. Umsetzung des Beschlusses „Kirche des gerechten Friedens werden“	9
1. Kontinuierliches Umsetzungsprogramm	9
2. Weiterführung der drei bisherigen friedenspädagogischen Programme	9
3. Fünf Beispiele der Umsetzung des friedensethischen Synodalbeschlusses	9
4. Friedensethik in der Landessynode	12
III. Der Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens geht weiter	14
1. Friedensinstitut Freiburg.	14
2. Das Szenario und die Initiative Sicherheit neu denken (Ralf Becker)	14
3. Fachgruppe Internationale Polizei (Theodor Ziegler)	17
4. Friedenspädagogik in Jugendarbeit und Schule (Stefan Maaß)	20
5. Friedensbildung in der Gemeinde	21
6. Rüstungsexporte und Rüstungskonversion	23
IV. Friedensorganisationen in und im Umfeld der Badischen Landeskirche	24
1. Arbeitskreis Soziale Verteidigung in der Evangelischen Landeskirche in Baden (Theodor Ziegler).	24
2. Frauen für Frieden, Karlsruhe	25
3. Unterwegs für das Leben	27
4. Die Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden	29
5. Das Forum Friedensethik	31
6. Gläubige für den Frieden	33
7. Ökumenisches Jugendprojekt Mahnmal und „Förderverein Mahnmal e.V.“	33
V. Zu den Autoren	34
VI. Dokumente	35
1. Eingabe des Arbeitskreises Frieden im Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald	35
2. Der friedensethische Beschluss der Landessynode vom 24. Oktober 2013	40
3. Karlsruher Aufruf 2015/16 an die EKD	45

VORWORT

Die aktuellen Kriegereignisse wie in der Ukraine und in Israel/Palästina fordern die Kirchen verstärkt heraus, im Sinne Jesu für eine friedenslogische Politik einzutreten. Deshalb nehmen wir den zehnten Jahrestag des friedensethischen Beschlusses zum Anlass, auf die gemachten Erfahrungen zurückzublicken und die Auswirkungen darzustellen (siehe Kap. I-III). Auch wenn nachfolgend von einem „Wunder von Baden“ zu lesen ist, hatte dies eine jahrzehntelange Vorgeschichte. Deshalb stellen wir im Kapitel IV einige Friedensorganisationen in und im Umfeld der badischen Landeskirche vor, die zum Entstehen des friedensethischen Prozesses wichtige Beiträge geleistet haben und sich weiterhin um die Realisierung der von der Landessynode gefassten Beschlüsse bemühen. Ihnen, wie allen Autor*innen dieser Dokumentation, danken wir für ihre Beiträge und Bilder.



Stefan Maaß



Jürgen Stude



Theodor Ziegler

I. DER FRIEDENSETHISCHE DISKUSSIONSPROZESS IN DER BADISCHEN LANDESKIRCHE¹

STEFAN MAASS, JÜRGEN STUDE, THEODOR ZIEGLER

1. Das Wunder von Baden

Ein kleiner Arbeitskreis Frieden aus dem Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald schrieb badische Kirchengeschichte. So kann man in der Rückschau den Prozess beschreiben, der dazu führte, dass sich die Evangelische Landeskirche in Baden im Jahre 2013 verpflichtete, „Kirche des gerechten Friedens“ zu werden. Vorausgegangen war ein Beratungsprozess in fast allen Kirchenbezirken und in der Landessynode über Friedensethik, Friedenstheologie und das Friedenszeugnis der Kirche. Sowohl der Konsultationsprozess selbst als auch der wegweisende Beschluss der Landessynode vom 24. Oktober 2013 mit seinen zwölf praxisbezogenen Konkretionen wurden zu einer Art Initialzündung für weitere friedensethische Beratungsprozesse in der EKD und darüber hinaus. Es blieb nicht bei einem einmaligen Beschluss. Die Evangelischen Landeskirche in Baden unternahm seither konsequente Schritte zur Umsetzung.

Der württembergische Pfarrer Werner Dierlamm, Mitgründer der ökumenischen Aktion „Ohne Rüstung Leben“² sprach von einem „Wunder von Baden“³, da die badische Kirchenleitung die Eingabe eines Arbeitskreises aufnahm, um sich der Kritik an der Friedensdenkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ der EKD von 2007 zu stellen und den genannten Konsultationsprozess zu initiieren. Wie kam es zu diesem „Wunder“?

2. Die Vorgeschichte ab 1980

In den Jahren ab 1980 bildete sich innerhalb der Bezirkssynode Müllheim ein Arbeitskreis Frieden, der sich als Teil der damals großen kirchlichen Friedensbewegung⁴ verstand. Auch als diese Bewegung schrumpfte, blieb der friedensethische Diskurs in diesem Arbeitskreis lebendig.

Dazu gehörte der Breisacher Religionslehrer Theodor Ziegler, der von 1982 bis 1996 landeskirchlicher Beauftragter für Kriegsdienstverweigerer war. Er verglich in seiner im Frühjahr 2010 eingereichten Masterthesis⁵ an der Evangelischen Hochschule Freiburg die biblische Friedensspur mit der EKD-Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ von 2007. Auf Vorschlag seines betreuenden Professors, Dr. Wilhelm Schwendemann, fasste er seine Erkenntnisse über Widersprüche in einer fiktiven Eingabe an die Landessynode zusammen. Als er seine Masterthesis beim Arbeitskreis Frieden im Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald am 11. Januar 2011 vorstellte, schlug dessen Leiter, Pfarrer Udo Grotz, vor, das Adjektiv „fiktiv“ zu streichen und die Eingabe Wirklichkeit werden zu lassen.

3. Die Eingabe an die Badische Landessynode

Am 26. Januar 2011 wandten sich Udo Grotz, Dora Koelbing und Dr. Wilhelm Wille, im Auftrag des Arbeitskreis Frieden an die Bezirkssynode

1 Unser Text basiert auf dem Buchbeitrag „Kirche des gerechten Friedens werden. Friedenskirche“ von Dietrich Becker-Hinrichs und Karen Hinrichs in Bayer, Ulrich; Ulrichs, Hans-Georg (Hg.) (2020): Erinnerungsorte des badischen Protestantismus. 200 Jahre Evangelische Landeskirche in Baden. 1. Auflage. Neulingen: J.S. Klotz Verlagshaus. S. 451 - 457

2 1975 rief die V. Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Nairobi dazu auf, dass die Kirchen ihre Bereitschaft betonen sollten, ohne den Schutz von Waffen zu leben. Dies zu realisieren, entstand 1978 auf Anregung von Werner Dierlamm die Kampagne OHNE RÜSTUNG LEBEN mit der Konkretion: Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, dass Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird.“ <https://www.ohne-ruestung-leben.de/ueber-uns/geschichte.html> - Zugriff am 29.6.2023.

3 Werner Dierlamm, Für eine neue Friedensethik in: Friedensforum 5/2012

4 Über die badische Vorgeschichte des Friedensethischen Prozesses informiert das Kapitel IV „Friedensorganisationen in und im Umfeld der badischen Landeskirche“

5 Diese Masterthesis ist einsehbar in der Bibliothek der Evangelischen Hochschule Freiburg unter der Registrationsnummer MTEFH 2010/5

Breisgau-Hochschwarzwald⁶. Sie regten in ihrem Schreiben eine Neuorientierung der evangelischen Friedensethik an und bezogen sich dabei auch auf den inzwischen schon ins zehnte Jahr gegangenen Bundeswehreininsatz in Afghanistan. Sie stellten Kernaussagen der EKD-Friedensdenkschrift aus dem Jahre 2007 in Frage, die den Einsatz militärischer Gewalt im Krieg unter bestimmten Bedingungen für ethisch vertretbar halten. Sie fragten, ob aus christlicher Sicht nicht für die Gewaltfreiheit als einzige Option eingetreten werden müsse. Die Bezirkssynode leitete die Eingabe an die Landessynode weiter mit der Anregung, in einem breiten Beratungsprozess eine eigenständige friedensethische Position zu erarbeiten. Darin wurde das Ziel formuliert, die Ergebnisse eines solchen Konsultationsprozesses auch in die EKD einzubringen.⁷

4. Konsultationsprozess in den Bezirkssynoden und in der Landessynode

Das Präsidium der Landessynode entschied gemeinsam mit dem Evangelischen Oberkirchenrat, sich auf einen solchen Beratungsprozess einzulassen. Der daraufhin von einer friedensethisch profilierten Arbeitsgruppe 2012 erstellte „Entwurf eines Positionspapiers zur Friedensethik der Evangelischen Landeskirche“ wurde bis ins Jahr 2013 in 23 von 25 Kirchenbezirken beraten. Manche Synoden stimmten darüber einfach ab, andere verfassten eigene Statements. Es gab Podiumsgespräche zwischen Pazifisten*innen und Vertretern der Militärseelsorge. Politiker*innen und Theolog*innen wurden zu Veranstaltungen unterschiedlichen Formats eingeladen. Es referierten Vertreter*innen des Forums Friedensethik in der Landeskirche (FFE), der Arbeitsstelle Frieden im Evangelischen Oberkirchenrat, der Theologischen Fakultät in Heidelberg sowie von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST).



Koordinationskreis Treffen in Offenburg, Foto: Peter-Michael Kuhn

Ab der positiven Entscheidung durch das Präsidium der Landessynode lud Theodor Ziegler in Kooperation mit der Arbeitsstelle Frieden, ehemalige kirchliche Beistände für Kriegsdienstverweigerer sowie Mitglieder des Forums Friedensethik zu einem „Koordinationskreis friedensethische Neuorientierung“ ein. In diesem informellen Begleitgremium wurde der sich anbahnende friedensethische Diskussionsprozess kontinuierlich beraten, auch wurden Grundlagentexte und Referentenangebote erstellt.⁸

Der ganze Prozess mündete in einen zentralen Studientag der Landessynode im Juni 2013.



6 Theodor Ziegler war nicht unter den Unterzeichnenden, da er damals Mitglied der elsässischen Kirche war.

7 Eingabe an die Evangelische Bezirkssynode Breisgau-Hochschwarzwald zur Friedensethik siehe Kap. VI. 1.

8 Es fanden jährlich drei bis vier Treffen in Offenburg statt. Am 2. Dezember 2022 konnte die 40. Tagung gefeiert werden. Ebenfalls gestaltete dieser Kreis mit der Arbeitsstelle Frieden auf den Kirchentagen 2015, 2017 und 2019 jeweils einen Markt-der-Möglichkeiten-Stand zur Friedensethik

Nach weiteren Überarbeitungen nahm die Landessynode den Entwurf des Textes mit seinen zwölf Konkretionen im Oktober 2013 mit großer Mehrheit an.⁹ Aus dem „Entwurf eines Positionspapiers zur Friedensethik der Evangelischen Landeskirche“ von 2012 wurde nun „ein Diskussionsbeitrag aus der Evangelischen Landeskirche in Baden“ unter dem Motto „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“.

Wichtige Inhalte des badischen Diskussionsbeitrages „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“¹⁰

Ein einführender, elf Seiten starker Text skizziert, ausgehend von der Bergpredigt und den prophetischen Verheißungen, Grundlinien einer Ethik der Gewaltfreiheit. Zusammenfassend heißt es dort:

„Es muss der Tendenz gewehrt werden, den Krieg wieder als normales Mittel der Politik anzusehen und wirtschaftliche Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen. In der Konsequenz bedeutet dies, auf militärische Einsätze zu verzichten. In der Nachfolge Jesu Christi steht uns eine Fülle ziviler, gewaltfreier Mittel zur Verfügung, um uns national und international für gerechten Frieden einzusetzen. Als Christen sehen wir für diesen Weg alle Verheißungen. So kann wirkliche Versöhnung zwischen verfeindeten Parteien wachsen. In Ergänzung zu gewaltfreien Mitteln der Konfliktbearbeitung sind allein rechtsstaatlich kontrollierte polizeiliche Mittel ethisch legitim. In kriegsähnlichen Konfliktsituationen, die die nationalen Polizeikräfte überfordern, ist an internationale, durch das Völkerrecht legitimierte, z. B. den Vereinten Nationen unterstehende Polizeikräfte denken“.¹¹

Der Text kritisiert die hohen Ausgaben für den Militärhaushalt und die fehlenden Mittel für zivile Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung. Die postulierten Ziele der damaligen Militärinterventionen – wie der Schutz von bedrohten Minderheiten oder die Durchsetzung von Menschenrechten und demokratischen Strukturen – seien nicht erreicht worden. Im Gegenteil hätten viele Militärinterventionen die Lage in den betroffenen Ländern verschärft.

Wichtig ist zudem der Friedensbegriff in diesem Text. Er geht von einem sehr weiten Verständnis aus, wie es bei der Friedenskonvokation des Ökumenischen Rates im Jahre 2011 in Kingston auf Jamaika entwickelt wurde und denkt Frieden im Nahbereich und in der Gesellschaft zusammen Frieden mit der Erde, Klimagerechtigkeit und ökonomische wie soziale Gerechtigkeit und der Friede zwischen den Völkern. Die Badische Landeskirche verpflichtete sich, sich auf den Weg zu machen zu einer Kirche, in der Gerechtigkeit und Frieden eine zentrale Rolle spielen. Dies drückt auch der Titel des Diskussionsbeitrages aus: „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“.

5. Konkretionen des friedensethischen Beschlusses vom 24. Oktober 2013

Die Landessynode formulierte das Ziel: Kirche des gerechten Friedens werden. Dann folgen vier Feststellungen, die die Grundlage für die folgenden zwölf Konkretionen sind:

1. Für Frieden und Versöhnung einzutreten, gehört zum Kern des christlichen Zeugnisses.
2. Dieses Zeugnis verlangt ein dauerhaftes Engagement auf allen kirchlichen Ebenen.
3. Die Öffentlichkeit erwartet zu Recht, dass Kirche zu Gewalt, Unrecht und Verfolgung Stellung bezieht.
4. Ein Schuldbekenntnis der Landessynode:
 - dem Friedensthema zu wenig Beachtung geschenkt und zu wenig um Frieden gerungen;
 - es wurde zu wenig hinterfragt, inwieweit unser Lebensstil und unser Konsumverhalten zur Verschärfung von Konflikten beitragen und Kriege zur Folge haben;
 - es wurde nicht eindeutig Stellung bezogen, wenn Menschen von Gewalt bedroht und verletzt werden
 - es wurde zu wenig dafür getan, dass Konflikte auf gewaltfreiem Weg beigelegt werden.

⁹ Den Beschluss siehe Kapitel VI. 2.

¹⁰ Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens (Lk 1,79) – Ein Diskussionsbeitrag aus der Evangelischen Landeskirche in Baden, Karlsruhe 2013

¹¹ Ebenda S. 13

Deshalb empfahl die Landessynode zwölf Konkrektionen und weitere Anregungen zur Umsetzung auf allen Ebenen. Exemplarisch seien genannt:

- in jeder Amtsperiode der Landessynode mindestens eine Befassung mit der Friedensethik
- friedenspädagogische Projekte weiterführen, Verbindlichkeit für gewaltfreie Konfliktbearbeitung in der Aus- und Weiterbildung kirchlicher Mitarbeiter*innen
- „ökofaire und soziale“ Beschaffung
- Forschungsauftrag an die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) in Heidelberg zu einer „Verpolizeilichung“ (Just Policing) internationaler Konflikte
- Erstellung eines Szenarios zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung
- Gespräche mit Politiker*innen über restriktive Rüstungsexporte bzw. deren mittelfristige Einstellung
- Engagement bei der EKD für eine Vertiefung des Friedensthemas im Sinne einer klaren Option für Gewaltfreiheit und Gerechten Frieden
- interreligiöses Engagement für Konfliktvermittlung
- Prüfung der Möglichkeit, ein „evangelisches Institut für Friedenspädagogik“ einzurichten

6. Einige Gründe für den Erfolg

Vertreter*innen anderer Landeskirchen fragten, wie es zu diesem ungewöhnlichen Beschluss kommen konnte. Aus unserer Sicht haben die folgenden Faktoren zum Erfolg beigetragen:

1. Initiative kam von der Basis. Alles begann mit dem Antrag des Kirchenbezirks Breisgau-Hochschwarzwald an die Landessynode im Frühjahr 2011.
2. Die Kirchenleitung griff das Anliegen konstruktiv auf. Im Herbst 2011 erhielt Oberkirchenrat Prof. Dr. Christoph Schneider-Harpprecht die Aufgabe, eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Positionspapiers zu bilden.
3. Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe (Landessynodale, Oberkirchenrat, Pfarrer, Diakone)

zur Erstellung des Entwurfs verband eine christlich-pazifistische Grundhaltung zur Friedensethik.

4. Die klare pazifistische Positionierung förderte die Diskussion und motivierte auch viele Kirchenmitglieder, die anfänglich kein großes Interesse hatten, sich an der Diskussion zu beteiligen.
5. Der Prozess war klar strukturiert: Es gab eine Phase der Erstellung des Papiers, der Diskussion in den Kirchenbezirken mit großer Beteiligung und schließlich die Phase der Erarbeitung einer Beschlussvorlage durch eine landessynodale Arbeitsgruppe.
6. Engagierte Personen trafen sich regelmäßig zur Unterstützung der friedensethischen Diskussion als Koordinierungskreis. Sie regten verschiedene Veranstaltungsformate an und wirkten in den Kirchenbezirken und Gemeinden als Referent*innen mit. Gemeinsam mit der Arbeitsstelle Frieden erstellten sie eine friedensethische Arbeitshilfe und wirkten beim Studientag der Landessynode mit.



Koordinierungskreistreffen in Offenburg,
Foto: Johannes Maier

7. Das Zentrum für Kommunikation (ZFK) im Evangelischen Oberkirchenrat unterstützte den friedensethischen Prozess mit regelmäßiger Berichterstattung und Interviews in kirchlichen und externen Medien.
8. Der Synodalbeschluss wurde frühzeitig vorbereitet: Bereits ab Herbst 2012 sondierte eine landessynodale Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Militärseelsorge und der Arbeitsstelle Frieden die Rückmeldungen aus den Kirchenbezirken, organisierte den Studientag und erarbeitete einen Beschlussvorschlag für die Herbstsynode 2013.

9. Die breite Beteiligung aus der Landeskirche und darüber hinaus wurde durch Anfrage bei kirchliche Verbänden erreicht. So verfassten beispielsweise die Evang. Gemeindejugend (EGJ), der Verband christlicher Pfadfinder*innen (VCP) aus Baden als auch die bundesweite Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) ausführliche Stellungnahmen.

II. UMSETZUNG DES BESCHLUSSES „KIRCHE DES GERECHTEN FRIEDENS WERDEN“

1. Kontinuierliches Umsetzungsprogramm

Im September 2014 stimmte der Landeskirchenrat¹² einem Programm zur Umsetzung der beschlossenen Konkretionen zu.

- Einrichtung einer halben Stelle bei der Arbeitsstelle Frieden zur Koordination. Diese trat Stefan Maaß als Friedensbeauftragter zum 1. November 2014 an.
- Einrichtung einer zweimonatlich tagenden Steuerungsgruppe im Evangelischen Oberkirchenrat.
- Einrichtung eines Beirats zur kritischen Reflexion der Arbeit der Steuerungsgruppe. Er tritt halbjährlich zusammen und stellt eine kontinuierliche Verbindung zu den Kirchengemeinden, den Kirchenbezirken und der Landessynode dar. Ihm gehören neben der Steuerungsgruppe Vertreter*innen der Landessynode, Kirchenbezirke sowie für die Umsetzung bedeutende Personen (Evangelische Hochschule Freiburg, FEST, Generalsekretärin des Kirchentags, Militärseelsorge) und aus der Ökumene (Erzdiözese Freiburg, evang.-methodistische Kirche, Mennoniten) an.

2. Weiterführung der drei bisherigen friedenspädagogischen Programme

- Im Rahmen des Freiwilligen Ökumenischen Friedensdienstes (FÖF) werden junge Erwachsene nach Israel, Italien und Lateinamerika entsendet.
- Das Programm Jugendliche werden Friedensstifter*innen befähigt Schulklassen und Konfirmandengruppen, Gewalt zu erkennen und zu überwinden. (Näheres siehe Kapitel III.4 a)

- Die vom „Förderverein Mahnmal e. V.“ betriebene Gedenkarbeit rund um das Mahnmal in Neckarzimmern zur „Erinnerung der am 22. Oktober 1940 nach Gurs deportierten badischen Jüdinnen und Juden“ trägt zur Sensibilisierung gegen Antisemitismus und Rassismus bei.



Mahnmal in Neckarzimmern,
Foto: Jürgen Stude

Zusätzliches Informationsangebot zum Zivilen Friedensdienst

In einem dreijährigen Projekt informierte eine Friedensfachkraft bei verschiedenen Veranstaltungen in Gemeinden und Kirchenbezirken sowie in Schulen über den Zivilen Friedensdienst.

3. Fünf Beispiele der Umsetzung des friedensethischen Synodalbeschlusses

a. Forschungsstudie zu Just Policing¹³

Die fünfte Konkretion fordert: „Ein Forschungsprojekt zu ‚Just Policing‘ soll klären, ob und wie in zwischenstaatlichen Konflikten militärische Gewalt immer mehr durch polizeiliche Zwangsmaßnahmen ersetzt werden kann.“ Dieses Konzept einer gerechten Polizeiarbeit sieht anstelle von militärischen Gewaltmitteln allein

12 Der Landeskirchenrat ist das zum Dienst an der Kirchenleitung bestimmte Organ der Landeskirche, in dem Mitglieder der Landessynode, die Landesbischöfin bzw. der Landesbischof, die stimmberechtigten Mitglieder des Evangelischen Oberkirchenrates und die Prälatinnen und Prälaten zusammenwirken.

13 Ines -Jacqueline Werkner, Just Policing – eine Alternative zur militärischen Intervention? Studie der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg, in: epd Dokumentation Nr. 22 2017

polizeiliche Zwangsmaßnahmen vor. Um die Chancen und Grenzen von „Just Policing“ genauer zu untersuchen, gab die Badische Landeskirche bei der Heidelberger Forschungsstätte FEST eine Studie in Auftrag, die im Jahre 2017 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde: „Just Policing – eine Alternative zur militärischen Intervention?“ Die Autorin Ines-Jacqueline Werkner untersuchte am Beispiel des Afghanistankriegs die verschiedenen Interventionsmöglichkeiten und arbeitete besonders die Unterschiede zwischen polizeilicher und militärischer Gewalt heraus. Zudem unterstrich die Studie die Forderung, dem Bereich Konfliktprävention künftig eine deutlich größere Bedeutung zuzumessen. Denn am Beispiel des Afghanistankrieges zeige sich, dass weder militärische noch polizeiliche Gewalt in der Lage gewesen seien, den Konflikt zu befrieden. Die Ergebnisse der Studie flossen zu einem späteren Zeitpunkt in die Fachgruppe „Internationale Polizei“ ein.¹⁴



Studententag „Just Policing“ in Rastatt 2017

b. Szenario „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“

Mit nur einer Gegenstimme und neun Enthaltungen (von 78 stimmberechtigten Mitgliedern) fasste die Badische Landessynode den bundes- und europaweit Aufsehen erregenden Beschluss (Ziff. 3.6): „Gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der nuklearen Energiegewinnung, gilt es – möglicherweise in Abstimmung mit anderen EU-Mitgliedsstaaten – ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen.“ Daraufhin entwickelte in den Jahren 2015 bis 2017 eine interdisziplinäre und ökumenische Arbeitsgruppe ein solches

Szenario. Dieses wurde im April 2018 auf einer Tagung des Evang. Oberkirchenrats unter der Überschrift „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040“ der bundesweiten Fachöffentlichkeit vorgestellt. Gerechte Außenbeziehungen, eine nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten, eine widerstandsfähige Demokratie und die Konversion der Bundeswehr und Rüstungsindustrie werden darin als zentrale Elemente für eine zivile Sicherheitspolitik angesehen, ebenso die Stärkung der UNO und der OSZE.

Ab April 2019 wurde mit Ralf Becker für fünf Jahre ein Projektkoordinator angestellt, der die bundesweite, 50 Organisationen umfassende Initiative „Sicherheit-neu-denken“ aufbaute.¹⁵

c. Rüstungskonversion und Rüstungsexporte

- Im Jahr 2015 wurde die badische Landeskirche als erste Landeskirche Mitglied bei dem Bündnis „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“
- Im Bemühen um den Dialog mit der Rüstungsindustrie sprach der damalige Landesbischof Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh mit dem Rüstungsmanager Claus Günther in Überlingen.
- Am 1. Januar 2016 trat der Experte für Entwicklungsarbeit und Rüstungsexport, Kiflemariam Gebrewold, die bis in Jahr 2020 angelegte Projektstelle „Rüstungskonversion und Rüstungsexporte“ an. Ziele seiner Arbeit waren

(1) „Aufbau von Fachkompetenz, die den verantwortlichen Leitungsgremien der Kirche(n) zur Verfügung gestellt wird, um sachkundig an der öffentlichen politischen Diskussion zu Rüstungsexport- und Rüstungskonversionsfragen teilnehmen und entsprechende Gespräche mit Politiker/innen/n der verschiedenen Ebenen führen zu können.“

(2) „Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für die Wirkungen der Rüstungsexporte in Gesellschaften des Globalen Südens durch lokale „Zeitzeugen“, die in ihrem Umfeld den Zusammenhang zwischen Rüstungsexport und Entwicklungsvernichtung

¹⁴ Näheres siehe Fachgruppe Internationale Polizei Kap. III. 3

¹⁵ Näheres siehe Beitrag von Ralf Becker Kapitel III.2

dokumentieren und ihre Beobachtungen in die Rüstungsexportdebatte in Deutschland einbringen.

Neben zahlreichen Vorträgen und Gesprächen mit Betrieben sind hier die wichtigsten Aktivitäten von Kiflemariam Gebrewold aufgeführt:

- Teilnahme als Beobachter an UN-Abrüstungskonferenz zu Atomwaffen in New York
- Entwicklung und Durchführung einer Studie zur Auswirkung von deutschen Waffen in Burundi
- Veröffentlichung einer Munitionsstudie
- Herausgabe eines Atlas über Rüstungsbetriebe in Baden
- Ökumenische Fachtagung in Bad Herrenalb zu „Rüstungsproduktion, Waffenexporte und Friedensethik“ mit Vertretern aus Rüstungsindustrie, Politik, Kirchen und NGOs
- Beteiligung der Evangelischen Landeskirche in Baden an der Studie „Safe passage – Gegen Rüstungsexporte und Migrationsabwehr“
- Aktion „Frieden geht“: In Kooperation mit vielen kirchlichen und weltlichen Friedensorganisationen hat die Landeskirche im Frühjahr 2018 einen Staffellauf gegen Rüstungsexporte von der Rüstungsfirma Heckler & Koch in Oberndorf am Neckar über Freiburg, Offenburg, Karlsruhe, Mannheim bis nach Berlin organisiert. Die Einladung zum Mitgehen, Mitlaufen, Mitradeln fand in vielen Kirchengemeinden entlang der Wegstrecke ein großes Echo.



Steuerungsgruppe im Evang. Oberkirchenrat, Foto: EOK

d. Karlsruher Aufruf 2015/16¹⁶

Entsprechend der 10. Konkretion des Friedensethischen Beschlusses, sich an die EKD zu wenden, wurde der „Karlsruher Aufruf 2015/16 an die EKD: Gewaltfrei für den Frieden“ gerichtet (siehe Kap. VI.3). Die zwei Forderungen lauteten:

Die EKD braucht ein klares friedensethisches Leitbild zur Überwindung des Krieges. Die Bereithaltung, Androhung und Anwendung militärischer Gewalt wird nicht mehr kirchlich mitgetragen, auch nicht als äußerstes Mittel (ultima ratio), wie es in der EKD-Friedensdenkschrift 2007 vertreten wird. Dies entspricht der Nachfolge des auf Gewalt verzichtenden Jesus Christus.

Die EKD möge sich in Gesellschaft und Politik für einen friedenspolitischen Wandel engagieren, weg von der gegenwärtigen, auf militärischer Stärke und Einsatzbereitschaft basierenden Sicherheitslogik hin zu einer friedenslogischen Politik, die auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung setzt. Wie die EKD-Ostdenkschrift von 1965 ein wichtiger Impuls für die dann einsetzende Ost-West-Entspannungspolitik war, könnte eine friedenslogische EKD-Denkschrift eine Neuorientierung in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik anregen und fördern.

Auf dem Markt der Möglichkeiten des Stuttgarter Kirchentag 2015 konnte dieser Aufruf unterzeichnet werden. Im Herbst 2016 überreichten die badischen EKD-Synodalen und der Friedensbeauftragte Stefan Maaß dem Präsidium der EKD-Synode den „Karlsruher Aufruf“ mit 3.000 Unterschriften. Der Aufruf trug dazu bei, dass sich die EKD-Synode 2019 in Dresden mit der Friedensethik befasste, allerdings ohne dessen Forderung nach einem Engagement für eine friedenslogische Politik zu folgen.

Vorträge badischer Referent*innen in anderen Landeskirchen zum friedensethischen Prozess, motivierte diese, ähnliche Prozessen zu beginnen.



Übergabe der 3.000 Unterschrift durch badische EKD-Synodalinnen und den Friedensbeauftragten Stefan Maaß bei EKD-Synode 2016 in Magdeburg an die damalige EKD-Synodalpräsidentin Dr. Irmgard Schwaetzer
Foto: Holger Teubert

¹⁶ „Karlsruher Aufruf“ Siehe Kap. VI.3.

e. Das Friedensinstitut der Evangelischen Hochschule Freiburg



Kirche des gerechten Friedens zu werden, meint auch, eine Stärkung einer Kultur des Friedens, der Gewaltfreiheit und Solidarität in allen kirchlichen Arbeitsfeldern, von den Gemeinden bis zu den kirchlichen Einrichtungen, Diensten und Werken. Frieden muss gelernt werden und Methoden der konstruktiven Konfliktbearbeitung sollen für die Praxis wirksam werden.

Nach längeren Vorüberlegungen beschloss die Landessynode im April 2019, ein Friedensinstitut an der Evangelischen Hochschule in Freiburg einzurichten und es für zunächst zehn Jahre zu finanzieren. Oberkirchenrätin Karen Hinrichs wurde 2020 für sechs Jahre mit der geschäftsführenden Leitung des Institutes beauftragt und Prof. Dr. Bernd Harbeck-Pingel die Aufgabe des Wissenschaftlichen Direktors übertragen. Am 24. Januar 2020 wurde das Friedensinstitut unter Mitwirkung der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates eröffnet.

Ziel des Friedensinstituts, als Teil der Hochschule, ist es, in Lehre, Forschung und Transfer zu einer Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit beizutragen und damit zur Friedensfähigkeit der Gesellschaft. Seine Studienangebote wenden sich an die Studierenden der Bachelor- und Masterstudiengänge Soziale Arbeit, Religionspädagogik und Gemeindediakonie oder Pädagogik. In Zukunft sollen auch Studienangebote und Weiterbildungsmöglichkeiten in den Bereichen Friedenspädagogik und Friedensbildung für weitere Zielgruppen eingerichtet werden, ggf. in Kooperation mit weiteren Trägern. Im Bereich der sozialwissenschaftlichen Friedensforschung besteht eine hohe Fachexpertise bei den Dozierenden der EH (etwa zur Gewaltprävention), an die nun zusammen mit weiteren Expert*innen angeknüpft werden kann. So passt das Friedensinstitut bestens an eine Hochschule für angewandte Wissenschaften in kirchlicher Trägerschaft.

4. Friedensethik in der Landessynode

2015 schloss sich die Badische Landessynode dem Aufruf zu einem weltweiten „Ökumenischen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ an, der von der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 2013 in Busan ausging. Eine dafür eingerichtete „Fachgruppe Pilgerweg“ dient dem Austausch und der Koordination verschiedener Arbeitsbereiche und -ebenen, die sich in der badischen Landeskirche für nachhaltige Entwicklung und Transformation, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Frieden und den Schutz von Klima und Natur einsetzen.

Im April 2018 lud der Evangelische Oberkirchenrat die Mitglieder der Landessynode zu einem Studientag ein, auf dem die Publikation „Sicherheit neu denken“ vorgestellt und diskutiert wurde.

Auf der Herbstsynode 2018 stellten Oberkirchenrätin Karen Hinrichs, Oberkirchenrat Dr. Christoph Schneider-Harpprecht und der landeskirchliche Friedensbeauftragte Stefan Maaß den Synodalen den Friedensethischen Prozess vor. Für den Synodalen Manfred Froese hat die Auseinandersetzung mit dem Programm „Kirche des gerechten Friedens werden“ zur Profilbildung der Landeskirche, auch über Baden hinaus, beigetragen. Die Synode bat alle Gemeinden und Kirchenbezirke, „dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens deutlichen Raum zu geben und so dazu beizutragen, dass der Prozess in unserer Landeskirche voranschreitet. Es wird angeregt, die friedensethische Thematik auch in Gemeinde- und Bezirksvisitationen aufzunehmen.“¹⁷



Synodaler Manfred Froese auf der Landessynode, Foto: EOK

Die bereits auf der Frühjahrsynode 2022 begonnene Debatte zum Krieg in der Ukraine und zum Prozess „Kirche des gerechten Friedens werden“ wurde auf der Herbstsynode 2022 weitergeführt. Schließlich bekräftigte die Landessynode ihren 2013 eingeschlagenen Weg hin zu einer Kirche des gerechten Friedens: „Dankbar nimmt die Landessynode die in der Landeskirche geleistete Friedensarbeit wahr, insbesondere die Arbeit in der Initiative ‘Sicherheit neu denken’, im Friedensinstitut Freiburg, in der Auseinandersetzung mit Rüstungsexporten oder in der Friedensbildung. Die Evangelische Landeskirche in Baden wird auch weiterhin ihre Bemühungen um die Friedenserziehung, die Entwicklungs- und Versöhnungsarbeit oder die Arbeit an langfristigen gewaltfreien politischen Konfliktlösungsstrategien weiterentwickeln. Sie setzt sich weiterhin dafür ein, auch die Auswirkungen der Klimakrise für Frieden und Gerechtigkeit weltweit deutlich stärker einzubeziehen.“

III. DER WEG ZU EINER KIRCHE DES GERECHTEN FRIEDENS GEHT WEITER

Zehn Jahre sind seit dem Beschluss 2013 vergangen, vor neun Jahren startete das Programm „Kirche des gerechten Friedens werden“. Da dies ein dauerhafter Prozess ist, braucht es kontinuierliche Friedensarbeit. Neben den oben beschriebenen temporären Projekten seien hier nachfolgend die in der Erklärung der Landessynode im Herbst 2022 gewürdigten landeskirchlichen Friedensarbeitsbereiche von den jeweils dafür Verantwortlichen vorgestellt:

1. Friedensinstitut Freiburg¹⁸

Das Friedensinstitut mit seinen Aufgaben wurde bereits oben beschrieben. Mit der feierlichen Eröffnung des Masterstudiengangs Friedenspädagogik/Peace Education im April 2022 besitzt die Evangelische Hochschule ein Alleinstellungsmerkmal. Die Kombination von interdisziplinär ausgerichteter Forschung und dem Masterstudium im Bereich Friedenspädagogik ist deutschlandweit einmalig.

Das Masterstudium umfasst praxisorientierte Forschung und Lehre. Dadurch wird die Friedenspädagogik als wissenschaftlich fundiertes Studienfach etabliert. Die an der Hochschule vorhandenen Expertisen zum Beispiel zu Sozialer Arbeit, Politik, Psychologie, Pädagogik, Theologie und Religionswissenschaften werden in die Lehre eingebracht. Nationale und internationale Fachdiskurse, etwa zur Überwindung von Ideologien der Ungleichheit, z.B. Antisemitismus, Rassismus, Ageismus, Sexismus oder zur Global Citizenship Education werden einbezogen.

Der Studiengang hat eine internationale Ausrichtung: Denn die Themen der Peace Studies sind nur in weltgesellschaftlicher Perspektive und mit der Kenntnis internationaler Forschung zu erschließen. Forscher*innen aus dem Ausland lehren als Gastdozierende.

Mitte Oktober 2023 startete das einjährige Transferprojekt „Entwicklung-Frieden-Nachhaltigkeit: Konfliktbearbeitung und Bildungsarbeit im Kontext der Klimakrise“ am Friedensinstitut Freiburg. Das Projekt befasst sich mit den gesellschaftspolitischen Konfliktrisiken und

-dynamiken des Klimawandels unter besonderer Berücksichtigung der globalen Nord-Süd-Beziehungen.

Im Jahr 2023 unterstützte das Friedensinstitut auch die Veröffentlichung des Buches „Heilsam mit traumatischen Erlebnissen umgehen“ von Carolyn Yoder auf Deutsch und bot zum Thema „Einführung in die traumsensible Friedensarbeit“ Ende 2023 einen Studientag an.



Präsentation des Buches Heilsam in Freiburg 2023

2. Das Szenario und die Initiative Sicherheit neu denken (Ralf Becker)

Entsprechend des Beschlusses der Landessynode von 2013, „gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der nuklearen Energiegewinnung ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen“, erarbeitete von 2015 bis 2018 eine 11-köpfige Arbeitsgruppe aus bundesweiten Expert*innen das Szenario „Sicherheit neu denken - von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“.

Erste Entwürfe des Szenarios wurden mit zahlreichen weiteren Expert*innen diskutiert, deren Feedback in die Entwicklung des Szenarios mit

¹⁸ Zusammenstellung des Textes auf der Basis der Homepage des Friedensinstituts.



eingeflossen sind¹⁹. Das 2018 im Rahmen eines Studententags im Evangelischen Oberkirchenrat veröffentlichte Szenario für das Jahr 2040 ist auch als Anregung für ähnliche Szenario-Entwicklungen in anderen Ländern gedacht²⁰. Das Szenario fand nach seiner Veröffentlichung vielfältig positive Resonanz und ist inzwischen in mehrere Sprachen übersetzt worden²¹.

Grundlage des Szenarios sind vielfältig entwickelte und erprobte Konzepte der Zivilgesellschaft und der Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ aus dem Jahr 2014. Das Szenario zeigt auf, wie die vielfältigen bereits bestehenden Ansätze für eine zivile Sicherheitspolitik zukünftig konsequent weiter ausgebaut werden können – und beschreibt dazu fünf Pfeiler ziviler Sicherheitspolitik:

1. Gerechter Wirtschafts- und Lebensstil
2. Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten
3. Entwicklung einer globalen zivilen Sicherheitsarchitektur
4. Resiliente Demokratie
5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie

Das Szenario empfiehlt von 2025 bis 2030 die Aushandlung und anschließende Umsetzung erneuter weitreichender Abrüstungsverträge sowie einer Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU).

Ähnlich soll durch zivile Entwicklungspartnerschaften mit der Arabischen Liga (LAS) sowie der Afrikanischen Union (AU) nachhaltige Stabilität und Sicherheit unterstützt werden, die durch teure Auslands-Militäreinsätze bisher nicht erreicht wurde. In die wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung dieser Staaten sind jährliche Investitionen in Höhe von 17 Mrd. Euro vorgesehen.

Die UNO sowie die OSZE könnten bei einer Reduzierung der deutschen Ausgaben für militärischen Sicherheitspolitik jährlich Beiträge in Höhe von 27 + 6 Mrd. Euro aus Deutschland erhalten – und damit im Vergleich zu heute wesentlich gestärkt und handlungsfähiger werden.

Mittel- bis Langfristig könnte damit Sicherheit und Frieden nachhaltig durch den erneuten Aufbau gegenseitigen Vertrauens gewährleistet werden – als ernsthafte Alternative zu zunehmendem weltweiten Misstrauen und gegenseitigen Verunsicherungen im realen wie im Cyberraum.

Schon bei der Überwindung des Kalten Kriegs Endes des letzten Jahrhunderts hat sich zunächst eine Ergänzung und später die Überwindung militärischer Konfrontation durch die Perspektive Gemeinsamer Sicherheit bewährt, die 1982 durch den Olof-Palme-Bericht politisch wesentlich befördert wurde.²²

Eine Initiative mit breiter Wirkung

Nachdem sich bei einem bundesweiten Sondierungstreffen Ende 2018 über 30 Organisationen für eine Weiterarbeit mit dem Szenario ausgesprochen haben, hat sich seit 2019 auf der Basis des badischen Szenarios eine internationale Initiative formiert, die inzwischen 150 Organisationen unterstützen.

Bis Ende 2022 wurden bundesweit über 170 Multiplikator*innen ausgebildet, Akademien und regionale Netzwerke haben über 400 Veranstaltungen mit 14.000 Teilnehmenden zu Sicherheit neu denken organisiert.

Mit der Münchner Sicherheitskonferenz befindet sich die Initiative ebenso in einem öffentlichen Dialog wie mit der Deutschen Hochschule der

19 siehe <https://www.ekiba.de/infotehke/arbeitsfelder-von-a-z/frieden-gerechtigkeit-2/kirche-des-gerechten-friedens/szenario-sicherheit-neu-denken/das-szenario/>

20 Hintergrundinformationen zu diesem Artikel befinden sich auf: <https://www.sicherheitneudenken.de>

21 bisher sind Übersetzungen ins englische, französische, niederländische, polnische und russische veröffentlicht.

22 Ganz ähnlich ergänzt und unterstützt der 2022 vorgelegte Olof-Palme-Bericht II das Szenario Sicherheit neu denken: https://www.ipb.org/wp-content/uploads/2022/07/Palme_Report_2022_CSDE.pdf



Polizei und weiteren Fachexpert*innen zum Auf- und Ausbau Internationaler Polizei. Auch mit der Führungsakademie der Bundeswehr²³, dem Zentrum Innere Führung der Bundeswehr, Jugendoffizieren und dem Bundeswehrverband führt die Initiative Gespräche.

Bei einer Jahrestagung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler wurde das Szenario ebenso vorgestellt wie in zahlreichen Gesprächen und Veranstaltungen mit führenden Verteidigungs-, Außen- und Haushalts Politiker*innen des Deutschen Bundestags. So erreichte die Initiative 2022 durch eine breite Kampagne die Verhinderung der vorgesehenen Kürzungen der Budgets Ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung im Bundeshaushalt 2023.

Prominente wie der Ehrenpräsident des Club of Rome, Ernst U. von Weizsäcker sowie Künstler*innen wie der Pianist aus den Trümmern von Damaskus unterstützen die Initiative.

Internationale Vernetzung

In den Niederlanden²⁴ und in der Schweiz werden inzwischen nach dem badischen Vorbild ähnliche Szenarien entwickelt. In Großbritannien wirkt „Rethinking Security“ vergleichbar aufklärend²⁵, auch in den USA gibt es ähnliche Aufbrüche.²⁶

In Österreich unterstützt ein breites Aktionsbündnisses für Frieden, Neutralität und Gewaltfreiheit Sicherheit neu denken.²⁷ Am 1. Sept. 2022 wurde in Österreich eine erste umfassende Broschüre „Frieden ist möglich – aber sicher!“ veröffentlicht, die das Konzept „Sicherheit neu denken“ auf die österreichische Neutralität bezieht.²⁸ In Italien wird ein dem deutschen Szenario ähnlicher Gesetzesvorschlag in zwei Kammern des Senats diskutiert und auch in West- sowie Zentralafrika formieren sich Initiativen zur Ausarbeitung entsprechender Szenarien zum Aufbau zivil-polizeilicher Sicherheitspolitik.

23 siehe <https://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=188005>

24 siehe <https://samenvelig.earth/project-veiligheid-hoe-dan/>

25 siehe www.rethinkingsecurity.org.uk

26 siehe www.sharedsecurity.org

27 siehe <http://abfang.org/>

28 Siehe <https://www.versoehnungsbund.at/broschuere-frieden-ist-moeglich/>

In Afrika sind mit deutscher Unterstützung in den letzten 20 Jahren in 30 Ländern bereits 300 Zivile Friedensfachkräfte ausgebildet worden²⁹, deren Absolvent*innen-Netzwerk³⁰ auf lokaler und regionaler Ebene als schnelle und aktive gewaltfreie Konfliktinterventionskräfte (IN-OVAR) wirkt.

Kardinal Nzapalainga und Imam Kobine, die Vertreter der Muslime und Katholiken der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) sowie Marie-Noelle Koyara, Vorsitzende des Verbands Aktiver Gewaltfreiheit der ZAR und ZAR-Verteidigungsministerin von 2015 bis 2021, bezeichnen sich - u.a. bei Gesprächen mit führenden Außen- und Entwicklungspolitiker*innen verschiedener Parteien sowie vor der Presse 2021 in Berlin - als Vertreter*innen von Sicherheit neu denken in Afrika. Alle drei waren zur Premiere des Films SIRIRI über ihre interreligiöse Friedensarbeit in der ZAR auf Einladung des House of One und des Human Rights Filmfestivals in Berlin³¹ und werden im Oktober 2023 zu einer Internationalen Friedenkonferenz „Sicherheit und Frieden neu denken“ der Universität und des Bistums Osnabrück und der Hannoverschen Landeskirche anlässlich des 375-jährigen Jubiläums des Westfälischen Friedens in Osnabrück erwartet.

Peace for Future

peace4future.de bietet bundesweit Friedensmentor*innen-Ausbildungen für 18- bis 28-jährige an und kommuniziert die Initiative auf Facebook, Instagram und Twitter.

Kampagne 2022–2025

Auf den Security Report der Münchner Sicherheitskonferenz 2022 antwortete die Initiative mit einem Rethinking Security Report 2022, der u.a. gewaltfreie Lösungswege für die kriegerischen Konflikte am Horn von Afrika und in Westafrika aufzeigt.

Auf den Krieg in der Ukraine reagierte die Initiative im März 2022 mit Impulsen für eine entschlossene und besonnene Reaktion auf Putins

Krieg sowie zahlreichen öffentlichen Diskussionsbeiträgen.³² Sicherheit neu denken verweist dabei insbesondere auf die weltweite Wahrnehmung des Ukrainekriegs als geopolitischem Ringen zwischen den Weltmächten³³, für dessen Lösung gemäß der Resolutionen der UN-Vollversammlung und der jahrzehntelangen Ratschläge des globalen Nordens für Kriege und Konflikte im Globalen Süden die Erreichung unverzüglicher Waffenstillstände und schneller Friedensverhandlungen, also die Wahl gewaltfreier Mittel erforderlich ist.³⁴

Für Herbst 2023 plant die Initiative die Erarbeitung eines aktualisierten Positiv-Szenarios als Antwort auf die im Juni 2023 veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie.

Weitere Informationen

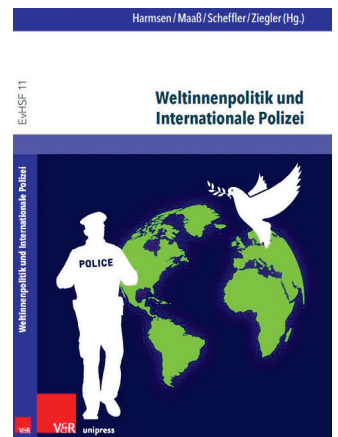
www.sicherheitneudenken.de
www.peace4future.de
www.frieden-stark-machen.de

3. Fachgruppe Internationale Polizei (Theodor Ziegler)

Notwendigkeit

Angesichts des russischen Eroberungskrieges in der Ukraine und des Hamas-Krieges gegen Israel scheint das Nachdenken über eine Zivile Sicherheitspolitik inklusive einer Internationalen Polizei etwas aus der Zeit gefallen zu sein. Doch zeigen diese Kriege nicht gerade in sehr eindrücklicher Weise, dass eine militärische Friedenssicherung, selbst mit atomaren Abschreckungspotentialen, keine Sicherheit bietet?

Beim Blick in die Geschichte ist zu erkennen, dass die Übertragung der vormals regionalen Gewaltmonopole an den Nationalstaat half, die innerstaatlichen Fehden zwischen den Fürstentümern zu überwinden. Analog dazu bedürfte es



29 siehe <https://goodnews-for-you.de/university-of-peace-in-africa-bildet-friedensbaumeisterinnen-aus/>

30 siehe <http://www.upabp.org/>

31 siehe <https://www.humanrightsfilmfestivalberlin.de/de/siriri>

32 siehe u.a. „Freiheit gewinnen - Christliche Verantwortungsethik und die Überwindung fossiler Konfliktbewältigung“ in der Zeitschrift zeitzeichen, <https://zeitzeichen.net/node/9701> sowie eine Online-Diskussion fünf Ev. Akademien zum Thema „Ev. Friedensethik vor neuen Herausforderungen“, <https://www.youtube.com/watch?v=yCsJz0k5rSM>

33 siehe beispielhaft <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal-update/g7-suedafrika-verlangt-diplomatische-loesung-100.html>

34 siehe u.a. <https://news.un.org/en/story/2023/02/1133847>

auf globaler Ebene der Abgabe der nationalen Gewaltmonopole an die Vereinten Nationen, um internationale Kriege zu verhindern. Dies ist bisher leider nicht gelungen. Staatliche Souveränität wird nach wie vor durch das Vorhandensein einer eigenen Streitmacht definiert. Dies bezeichneten der frühere Militärbischof und der frühere EKD-Friedensbeauftragte gemeinsam als eine „Verfügbarkeitsfalle militärischer Gewalt“: Weil die Waffenpotentiale vorhanden sind, werden sie irgendwann auch einmal eingesetzt.

Ob man nun von einer humanen Haltung her Militärgewalt ausnahmslos ablehnt oder als kritischer Militärbefürworter die mangelnde Zielführung von Rüstung samt ihren Risiken sieht – es bedarf dringend der Verpolizeilichung der internationalen Konflikte. Die frühere Bischöfin Margot Käßmann sagte: „Meines Erachtens haben die nationalen Armeen ihre Zeit gehabt.“ (S. 14)

Vorläufer

Doch dieses Nachdenken über eine Internationale Polizei reicht weit zurück. So warnte schon Immanuel Kant vor der Kriegsgefahr, die von stehenden Heeren, ausgeht. Diese reizten sich zum Krieg. Der Theologe Thomas Nauerth verweist auf den Dominikaner Franziskus Maria Stratmann, der 1924 anstelle von Armeen von der Notwendigkeit einer internationalen polizeilichen Ordnungsmacht sprach. (S.157 ff). Carl-Friedrich von Weizsäcker sprach 1963 von der Notwendigkeit einer „Weltinnenpolitik“ und der Übertragung der nationalen Gewaltmonopole an eine internationale Behörde (S. 13). Auf einer Akademietagung 2001 in Arnoldshain, die vom damaligen Leitenden Militärdekan Horst Scheffler mitveranstaltet worden ist, wurden vor allem die wesensmäßigen Unterschiede zwischen militärischer und polizeilicher Gewalt herausgearbeitet. Und 2017 präsentierte die Politikwissenschaftlerin Ines-Jacqueline Werkner von der FEST Heidelberg ihre im Auftrag der Landessynode erstellte Just-Policing-Studie. Sie war zu dem Ergebnis gekommen, dass internationale Polizeikräfte zwar nicht Armeen ersetzen, jedoch dazu beitragen könnten, den Beginn kriegerischer Auseinandersetzungen weiter hinauszuschieben.

Annäherung an das Thema durch Expert*innengespräche

Bei der ersten Jahrestagung der Initiative „Sicherheit neu denken“ im Jahr 2019 regten die

Mitautoren dieses Szenarios, Dirk Harmsen und Theodor Ziegler, eine **Fachgruppe** zum Thema Internationale Polizei an. Als weitere Beteiligte konnten sie Horst Scheffler, den landeskirchlichen Friedensbeauftragten Stefan Maaß sowie den Koordinator von Sicherheit-neu-denken, Ralf Becker, zu Mitarbeit gewinnen. Sie veranstalteten mehrere Fachgespräche und Fachklausuren mit Expert*innen aus der internationalen Polizeiarbeit (also mit nationalen Polizeibeamten in internationalen Missionen der UNO, der EU, der OSZE), ebenso mit Fachleuten aus der Entwicklungszusammenarbeit, Friedensforschung, Friedensbewegung, Militär, Polizei- und Militärseelsorge sowie Theologie und Kirche.

Daraus wurde ein Zielperspektivenpapier für eine Internationale Polizei erstellt. Ergänzt um die Erkenntnisse einer Akademietagung im September 2021 erfolgte dann im Januar 2023 die Publikation des Buches „Weltinnenpolitik und Internationale Polizei“.

Aspekte der Zielperspektive Internationale Polizei

Anzustreben sind inklusive Sicherheitsstrukturen nach dem Subsidiaritätsprinzip auf weltregionaler und auf globaler Ebene – im Gegensatz zu den partikularen Militärbündnissen. Dabei spielen kulturelle Zuschnitte eine wichtige Rolle, z.B. Lateinamerika, Europa (auf OSZE-Ebene), die arabische Welt in Nordafrika und Westasien.

Drei Grundsätze für eine Internationale Polizei:

- Keine Intervention in Kriegshandlungen, sonst würde aus der Polizei wieder Militär.
- Einsätze nur mit Mandat des jeweiligen weltregionalen Sicherheitssystems und in Verantwortung vor einem übergeordnetem Gericht
- Einsätze in Abstimmung und Kooperation mit den lokalen Friedenskräften

Aufgaben

- Sichtbare Präsenz in Konfliktgebieten, in denen keine lokalen Ordnungskräfte sind oder diese nicht ausreichen
- Beziehungsaufbau zu und Vermittlung zwischen Konfliktkontrahenten
- Schutz ziviler Infrastruktur und Gewährleistung der humanen Sicherheit an Zufluchtsorten

- Kontrolle von Waffenstillstandsvereinbarun- gen und Überwachung von Abrüstungsmaß- nahmen; Personenschutz für Wahlbeobach- ter*innen
- Polizeiliche Bekämpfung von Terrorismus und internationaler Kriminalität
- Strafverfolgung in Kooperation mit nationaler und internationaler Justiz
- Sicherung der internationalen Seewege und des Luftverkehrs sowie der globalen Kommu- nikations- und Cybersicherheit

Rekrutierung

Es ist auf die proportionale Zusammensetzung in Bezug auf Ethnien, Nationalitäten und Religions- zugehörigkeiten zu achten.

Besonderes Gewicht ist bei der Auswahl und Ausbildung auf die kommunikative Befähigung zur Deeskalation, Mediation und Beachtung des Do-No-Harm-Ansatzes³⁵ zu legen.

Hierzu ist auch die enge Kooperation mit den vor Ort tätigen Friedensfachkräften sehr wichtig.

Bewaffung

Wie bei einer rechtsstaatlichen Polizei üblich, ist die Bewaffung ausschließlich zur persönlichen Notwehr und Nothilfe mit nichtletalen und maximal mit Handfeuerwaffen.

Realisierung

Die Realisierung dürfte angesichts der Dominanz der Atomkräfte im UN-Sicherheitsrat kaum top-down zu erwarten sein, sondern eher auf dem Weg von unten nach oben. So wie es zu Zeiten des Irak-Kriegs im Jahr 2003 eine Reihe von (kriegs)“willigen“ westlichen Staaten gab, die unter Führung der Vereinigten Staaten und unter Bruch des Völkerrechts diesen Regime-Change realisiert haben (mit verheerenden Nebenwirkungen wie der Entstehung des Islami- schen Staats), so könnten umgekehrt friedens- willige Staaten innerhalb der EU einen Anfang machen und mit dem Aufbau einer gemeinsamen Polizei für internationale Aufgaben in ihrem Bereich beginnen.

Gegenwärtig ist vermehrt die Frage nach einer künftigen Friedensordnung für Europa nach dem Ukrainekrieg zu hören. Hier könnte eine

gemeinsame Polizei zur Kontrolle und Sicherung der erhofften Waffenstillstandsvereinbarun- gen eine große Hilfe sein, ebenso zur Sicherung des ordnungsgemäßen Verlaufs etwaiger Volksab- stimmungen in den Gebieten mit russischer Bevölkerungsmehrheit über ihre künftigen Zugehörigkeiten.

Oder ein Blick zurück: Was wäre gewesen, wenn George W. Bush 2001 nach dem 11. September nicht zum unsäglichen Krieg gegen den Terror aufgerufen hätte, sondern die damals gegebene Solidarität aller UN-Sicherheitsratsmitglieder mit den Vereinigten Staaten genutzt hätte, eine ad-hoc-Aufstellung einer gemeinsamen Interna- tionalen Polizei vorzuschlagen, die die Hinter- männer, Drahtzieher und Attentäter mit polizei- lichen Mitteln ausfindig gemacht, festgenommen und vor ein internationales Gericht gebracht hätte?

Diese Möglichkeit wurde damals leider nicht genutzt – sie kann aber in Zukunft ergriffen werden. Dies in friedensethischen und sicher- heitspolitischen Diskurs anzuregen, ist Aufgabe der Fachgruppe Internationale Polizei, die sich seit der Akademietagung verdreifachte.

Abschließend die Einschätzung von zwei Referenten bei der Akademietagung „Weltin- nenpolitik und Internationale Polizei“ im September 2021

Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh, früherer badischen Landesbischof:

Eine internationale Polizei kann wesentlich dazu beitragen, Räume für eine zivile Konfliktbearbei- tung zu stabilisieren oder wieder zu öffnen. (...) Wir brauchen mehr multilaterale, „regionale“ Strukturen und Ressourcen für die Prävention. (S. 208)

Oberst i.G. Prof. Dr. Matthias Rogg, Historiker an der Führungsakademie der Bundeswehr:

Die Überlegungen zum Etablieren einer Interna- tionalen Polizei sind grundsätzlich zu begrüßen. Sie versucht die Idee der Gewaltminimierung mit dem Auftrag der Schutzverantwortung in interna- tionaler Perspektive zu verknüpfen. Sie orientiert sich nicht an nationalstaatlichen Interessen, sondern an einem Interessenausgleich, man könnte auch sagen, an „Win-Win-Konzepten“ und

35 Dieser Ansatz beruht auf der Studie von Mary B. Anderson, die festgestellt hat, dass mancher wohlmeinende Ansatz eher gewaltverstärkend wirkt. Detaillierter siehe: Anderson, Mary B. (1999): Do no harm. How aid can support peace - or war.

an einer auf dem internationalen Völkerrecht basierenden Legitimation. Die Umsetzung dieser Idee würde – davon bin ich fest überzeugt – im Instrumentenkasten einer international vernetzten Außen- und Sicherheitspolitik ein großes Plus bedeuten. (S.220)

4. Friedenspädagogik in Jugendarbeit und Schule (Stefan Maaß)

„Der Kern der Friedenspädagogik ist, durch Erziehung und Bildung zur Überwindung von Krieg und Gewalt sowie zur Förderung einer Kultur des Friedens beizutragen. Dies geschieht durch die Initiierung, Unterstützung und Begleitung von sozialen und politischen Lernprozessen im Sinne der Entwicklung von prosozialem Verhalten und der Fähigkeit zur politischen Beteiligung (Günther Gugel).“³⁶

Im Rahmen des Prozesses „Kirche des gerechten Friedens werden“ gilt es, Menschen und Institutionen in ihrer friedenpädagogischen Arbeit zu unterstützen. Besonders in der Zeit nach den Corona-Beschränkungen und infolge des Kriegs in der Ukraine ist das Interesse bei Jugendlichen an Friedensthemen größer geworden.

a. Das Programm „Jugendliche werden Friedensstifter*innen“³⁷

Seit November 2007 bis Sommer 2023 bildete die Arbeitsstelle Frieden über 2500 Jugendliche, insbesondere Konfirmand*innen, zu Friedensstifter*innen aus. Dies wurde insbesondere durch die finanzielle Förderung durch die Landeskirche möglich. 2010 zeichnete die Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD dieses Programm als ein „Best-practice“-Modell aus. Inzwischen gibt es in anderen Landeskirchen ähnliche

Programme und auch international werden Workshops und Schulungen mit diesem, auch ins Englische übersetzten, Programm durchgeführt.

Seit 2021 findet eine Kooperation in der Lehrer*innenfortbildung mit der Diözese Speyer und, seit 2023, auch mit der Evangelische

Landeskirche der Pfalz statt. Das Programm hat die Schwerpunkte Training mit Jugendlichen (13-16 Jahre) sowie Schulung zur Trainer*in (Multiplikator*in).

Das zweitägige Training hat folgende Ziele:

- Sensibilisierung für alle Formen der Gewalt
- Eigenes Verhalten kritisch reflektieren
- Vertrauen entwickeln in die eigenen Fähigkeiten, der Gewalt zu begegnen
- Zivilcourage entwickeln und entsprechend handeln können
- Sich mit der christlichen Friedensbotschaft auseinanderzusetzen
- Erprobung von aktivem, gewaltlosem Handeln und Verhalten in Krisensituationen
- Hilfe holen und Verantwortung übernehmen
- Aktives, friedensstiftendes, streitschlichtendes, deeskalierendes Eingreifen in Konflikt-, Bedrohungs- und Gewaltsituationen

Im gemeinsamen Lernen und Ausprobieren in der Gruppe werden Gefühle der Ohnmacht in Gewalt- und Bedrohungssituationen und Hilflosigkeit reduziert und in eine aktivierende Energie umgewandelt. Weitere Themen sind u. a. der Umgang mit Beleidigungen und Mobbing an Schulen.

Auch für pädagogisch-tätige Erwachsene werden Trainerausbildung zum Friedensstifter*in angeboten. Als Trainer*innen erhalten sie mit der Schulung auch das Handbuch „Jugendliche werden Friedensstifter*innen mit allen Übungen und ausführlichen Erläuterungen und Hintergrundinformationen.



36 Gugel, Günther (2008): Was ist Friedenserziehung? In: Renate Grasse, Bettina Gruber und Günther Gugel (Hg.): Friedenspädagogik. Grundlagen, Praxisansätze, Perspektiven. Orig.-Ausg. Reinbek bei Hamburg, S. 64.

37 siehe auch www.friedensstifter-baden.de

Friedensstifterschulen

Motiviert vom friedensethischen Beschluss gaben sich die evangelischen Schulen Badens ein friedenspädagogisches Profil.³⁸ Die Elisabeth-von-Thadden-Grundschule machte sich das Konzept der „Friedensstifterschule“ zu eigen und wurde diesbezüglich 2018 zertifiziert.



Friedensstifterschule

Besondere Merkmale für eine „Friedensstifterschule“ sind Trainings mit den Kindern, Schulung aller Lehrkräfte und Schulbedienstete sowie Workshops für Eltern.

Die Schule verpflichtet sich, dies jährlich zu tun.

b. Ulli-Thiel-Friedenspreis³⁹



Bischöfin und Preisträger*innen 2023, Foto: EOK

Der Ulli Thiel-Friedenspreis ist ein Wettbewerb für Schüler*innen, Lehrer*innen und Schulen in Baden-Württemberg. Er richtet sich an alle Schulen und Klassenstufen in Baden-Württemberg und wird seit 2019/20 von der Evangelischen Landeskirche in Baden gemeinsam mit der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte

KriegsdienstgegnerInnen Baden-Württemberg vergeben,

Es kann ein frei gewähltes Friedensthema eingereicht werden. Es muss in den Bildungsplänen verankert sein und sich am Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ des Sonderpädagogen Ulli Thiel orientieren.⁴⁰ (DFG-VK).

Bisherige Erfahrungen

Obwohl Schulen und Schüler*innen im ersten Jahr der Corona-Pandemie vor große Herausforderungen gestellt waren, konnte der damalige Landesbischof Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh den gut dotierten Preis an engagierte Schüler*innen vergeben. Auch seine Nachfolgerin Prof. Dr. Heike Springhart zeigte sich von dem Friedensengagement der Schüler*innen beeindruckt. Zur Überraschung vieler zählten schon zweimal Grundschüler*innen zu den Gewinnern des ersten Preises. Inzwischen beteiligen sich auch pax christi Baden-Württemberg, die Evangelische Landeskirche in Württemberg und die GEW Baden-Württemberg an der Vergabe des Preises.

c. Mitwirkungen im Schulunterricht

Auch für Lehrkräfte werden entsprechende Fortbildungen angeboten. Sie umfassen dabei den gesamten Themenbereich des Friedensstiftertrainings sowie Workshops zu gewaltfreiem Widerstand oder den Umgang mit Hass im Internet. Unterrichtsmaterialien wie zu Martin Luther King (Stefan Maaß), als auch zum Film „Zur Hölle mit dem Teufel“ (Harald Becker, Religionspädagogisches Institut) erfreuen sich großer Nachfrage.

5. Friedensbildung in der Gemeinde (Stefan Maaß)

„Eine von der Vision des Friedens inspirierte Erziehung ist mehr als nur Unterricht in den Strategien der Friedensarbeit. Es ist eine zutiefst spirituelle Charakterbildung, die Familie, Kirche und Gesellschaft einbezieht. Friedenserziehung zielt darauf, den Geist des Friedens zu wecken und zu nähren, die Achtung der Menschenrechte zu verinnerlichen, Alternativen zur Gewalt zu entwickeln und anzunehmen. Friedenserziehung fördert aktive Gewaltlosigkeit, der eine unvergleichliche

38 Beispielsweise das Elisabeth-von-Thadden-Gymnasium in Heidelberg <https://elisabeth-von-thadden-schule.de/unsere-schule/konzept/friedenspaedagogik>

39 www.ulli-thiel-friedenspreis.de

40 Er war viele Jahre im Beirat der Arbeitsstelle Frieden aktiv weitere Infos zu Ulli Thiel: https://de.wikipedia.org/wiki/Ulli_Thiel

Macht zur Veränderung innewohnt und die in verschiedenen Traditionen und Kulturen praktiziert und geschätzt wird. Charakter- und Gewissensbildung rüstet Menschen aus, den Frieden zu suchen und ihm nachzujagen.“⁴¹

Dieses Zitat bezieht sich nicht nur auf die Erziehung von Kindern und Jugendlichen, sondern auf Friedensbildung generell und unterstreicht deren Bedeutung in den einzelnen Gemeinden. Folgende Angebote haben sich bewährt bzw. versprechen eine nachhaltige Wirkung:

a. Fortbildung für Multiplikator*innen einer zivilen Sicherheitspolitik

Im Herbst 2019 startete die Arbeitsstelle Frieden gemeinsam mit dem Referat Politisch-Soziale Bildung im Erzbischöflichen Seelsorgeamt Freiburg für die Jahre 2020/21 das Ökumenische Bildungsprojekt Zivile Sicherheit. Das Ziel, in jedem evangelischen Kirchenbezirk bzw. katholischen Dekanat eine gemeinsame Veranstaltung durchzuführen. Zwischenzeitlich gab es über 50 Vorträge und Seminare.

b. Peace Talks im Internet

Peace Talks sind kurze Impuls zu einem aktuellen Friedensthema mit anschließender Diskussion. Sie entstanden im Rahmen des ökumenischen Bildungsprojekts „Zivile Sicherheit“. Im Durchschnitt nehmen 20 bis 25 Personen teil. Aus den angebotenen Themen hat sich auch eine Nachfrage, nach Veranstaltungen vor Ort ergeben.

c. Local PEACE⁴²

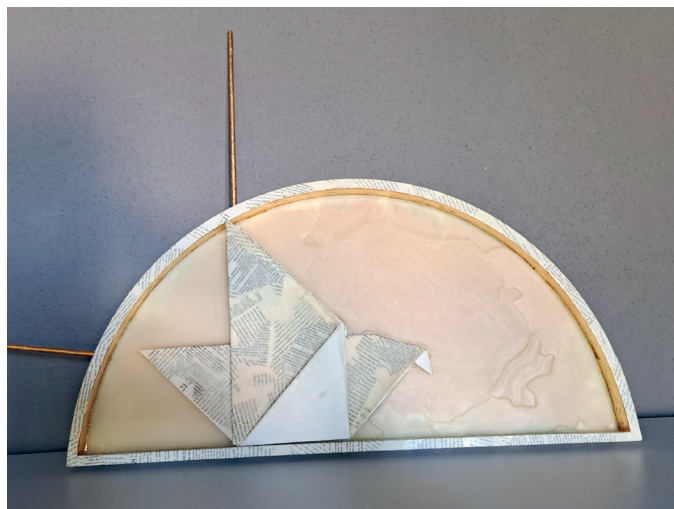
Local PEACE ist ein Netzwerk der Evangelischen Friedensarbeit und wird von acht Landeskirchen getragen. Es startete 2023 und möchte Friedensengagement in Gemeinden sichtbar machen. Es sammelt kleine und große Geschichten und erinnert an die großen Visionen von mutigen Menschen, die sich für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft einsetzen.

Das Friedenshandeln orientiert sich an den folgenden sechs Handlungsfeldern:

- FriedensBibel (Andachten, Gottesdienste)
- FriedensPerspektiven (neue Ideen)

- FriedensProjekte (z.B. Friedensstifter*innen-Programm für Konfirmand*innen)
- FriedensKultur (z.B. Konzerte)
- FriedensGesichter (lokale Persönlichkeiten)
- FriedensOrte (z.B. Gedenkstätte)

Gemeinden oder kirchliche Gruppen, die mitmachen, markieren einen Ort des Friedens. So entsteht eine Landkarte des Friedens. Die Mitglieder erhalten eine Friedenstaube in Form des Kunstwerks Friedenssiegel und einer Plakette, die ihren Ort des Friedens sichtbar machen. In der Friedensdekade werden und mit dem Friedenssiegel ausgezeichnet. Ende 2023 wird mit Local PEACE Offenburg ein badisches Netzwerk das Friedenssiegel erhalten. Dort engagieren sich Gemeindeglieder schon seit Jahren mit regelmäßigen ökumenischen Gottesdiensten, Friedenskonzerten, Vortragsreihen sowie der Unterstützung des Wohn- und Friedensprojekts Liebfrauenhof.



Friedenssiegel

d. WoW – ein aktueller Friedensimpuls

Der Ukrainekrieg hat die Frage nach Möglichkeiten des Konzeptes der „Sozialen Verteidigung“ wieder auf die Tagesordnung der friedenspolitischen Diskussion gesetzt. So entstand 2023 das bundesweite Projekt „Wehrhaft ohne Waffen“ (WoW) mit Modellregionen in Deutschland unter anderem in der Modellregion Südlicher Oberrhein. Dort wird erörtert, wie soziale

41 Raiser, Konrad; Schmitthener, Ulrich (Hg.) (2012): Gerechter Friede. Ein ökumenischer Aufruf zum gerechten Frieden; Begleitdokument des Ökumenischen Rates der Kirchen. Berlin. S.13 im engl. steht der Begriff „education“. Er beinhaltet auch Bildung.

42 <https://www.evangelische-friedensarbeit.de/projekte/local-peace>

Verteidigung im Falle eines Angriffs oder Putsches konkret in der Region aussehen könnte.

Die Modellregion Südlicher Oberrhein wird vom deutsch-französischen Friedensnetzwerk „Friedenswege e.V. – Chemins de Paix“ koordiniert und von der Arbeitsstelle Frieden unterstützt. Die Nachbarschaft zu Frankreich legt nahe, das Projekt „Soziale Verteidigung“ grenzübergreifend anzugehen.

Leider stellen die Medien Kriege und Gewalt in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung, gewaltfreie Aufstände und gewaltfreie Aktionen, werden selten erwähnt. Deshalb ist es eine unerlässliche Aufgabe der landeskirchlichen Friedensarbeit, Informationen zu diesem Themabereich zu sammeln und Gemeinden und kirchlichen Verantwortungsträger*innen zur Verfügung zu stellen. Hierzu bieten sich vielfältige Möglichkeiten:

- Arbeitshilfen für Gemeinden (z.B. „Frieden blüht“ der Evang. Frauenarbeit⁴³),
- Informationsblätter (z.B. die deutsche Zusammenfassung der wissenschaftlichen Studie von Erica Chenoweth und Maria Stephan über gewaltfreie und bewaffnete Aufstände⁴⁴),
- kurze Videos (z.B. Voices for Peace⁴⁵), die finanzielle Unterstützung von kulturellen Friedensprojekten (z.B. Musik für den Frieden⁴⁶)
- Vorträge zu anfänglich gewaltfreiem Widerstand in der Ukraine.

6. Rüstungsexporte und Rüstungskonversion

Die Landeskirche arbeitet in der ökumenischen Arbeitsgruppe „Rüstungsexporte begrenzen“ mit. Diese AG wurde von der württembergischen Landeskirche ins Leben gerufen. In ihr kooperieren Vertreter*innen der beiden evangelischen Landeskirchen und der beiden Diözesen in Baden-Württemberg.

Vom 7. bis 8. April 2022 fand eine Tagung mit dem Titel „Friedensethik, Waffenexporte, Konversion“ in Straßburg statt. Sie schloss mit der gemeinsamen Resolution „Friedenslogik auch in Kriegszeiten stärken.“ ab. Für 2024 und 2025 sind Folgetagungen geplant. Für die Arbeit in Kirchengemeinden hat sie eine Arbeitshilfe zu Rüstungsexporten herausgegeben.

Seit 2014 meldet sich die badische Kirchenleitung der Evangelischen Landeskirche in Baden immer wieder zu friedenspolitischen Themen zu Wort so zum Beispiel zum Syrienkrieg. Diese klare Positionierung führte auch innerhalb der Landeskirche zu friedensethischen Diskussionen. Die unterschiedlichen Positionen wurden damals auf der Homepage dokumentiert, um auch in Gemeinden eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema zu unterstützen.

2020 wurde mit der „Pilgerwegs-Community“⁴⁷ eine Plattform eingerichtet, um alle, die für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung engagiert sind zu vernetzen. Sie möchte dazu beitragen, dass die Badische Landeskirche auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens unterwegs bleibt.

43 Baudy, Renate; Gaubitz, Petra; Maaß, Stefan (2019): Friede blüht. Arbeitshilfe für Multiplikator*innen. Hg. v. Evangelische Frauen in Baden. Karlsruhe.

44 <https://ev-akademie-baden.de/fachdienste-und-themen-2/frieden-und-gerechtigkeit/materialien-und-service/arbeitsmaterialien-und-andere-texte/>

45 https://www.youtube.com/playlist?list=PLj5XfGtg6HtfoOWugAu6K-P5P-7_7rEdo

46 Das deutsch-russische Musikprojekt entstand 2021 zwischen einer Schule in Grenzach-Wyhlen und der russischen Stadt Twer. Vorbild für die Kooperation waren Projekte zwischen Deutschland und Frankreich nach dem zweiten Weltkrieg. Es geht darum Frieden von unten zu schaffen durch das gemeinsame Musizieren. Nähere Informationen: www.musik-fuer-den-frieden.de

47 www.pilgerwegs-community.de

IV. FRIEDENSORGANISATIONEN IN UND IM UMFELD DER BADISCHEN LANDESKIRCHE

1. Arbeitskreis Soziale Verteidigung in der Evangelischen Landeskirche in Baden (Theodor Ziegler)

„Was machen Sie, wenn der Russe kommt? Wenn sich alle wie Sie verweigerten, wäre Deutschland dann nicht wehrlos?“ Das waren seit Einführung der Wehrpflicht die entscheidenden Fragen bei den staatlichen Gewissensprüfungen für Kriegsdienstverweigerer (KDVer). Im Kreis der kirchlichen Beistände für KDVer wurde deshalb Ende der 1970iger-Jahre die Notwendigkeit erkannt, sich mit gewaltfreien Alternativen zum Krieg zu befassen. Aber auch im Bereich der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Freiburg und bei Friedenswochen in Villingen-Schwenningen wurde in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die Frage nach einer nichtmilitärischen Landesverteidigung thematisiert.

So entstand nach einem Aufruf des damaligen Industrie- und Sozialpfarrers und späteren Akademiedirektors Dr. Ullrich Lochmann im Jahr 1980 auf landeskirchlicher Ebene der Arbeitskreis Soziale Verteidigung. Der damalige landeskirchliche Beauftragte für KDVer, Diakon Kurt Kern organisierte die ca. alle vier Monate in verschiedenen badischen Gemeindehäusern stattfindenden Studientage. Auch über den Kreis der KDVer-Beistände hinaus beteiligten sich pazifistisch motivierte Frauen und Männer, ebenso aus der Erzdiözese Freiburg. Ihnen war bewusst, dass die Kritik an Atomwaffen allein nicht ausreichen wird für eine anzustrebende friedenspolitische Veränderung. Es sollten die Möglichkeiten einer gewaltfreien Selbstbehauptung aufgezeigt und in den friedensethischen Dialog in Kirchen und Gesellschaft gebracht werden. Ulrich Lochmann sowie Rechtsanwalt Ullrich Hahn u.a. referierten deshalb über die Grundlagen der Gewaltfreiheit sowie über die Beispiele zivilen Widerstands wie den Ruhrkampf, Gandhis Unabhängigkeitskampf gegen die britische Kolonialmacht, Martin Luther Kings Bürgerrechtsbewegung, den gewaltlosen Widerstand der Tschechoslowakei 1968 gegen die Invasion der Warschauer Paktstaaten unter russischer Führung. Diese Fallbeispiele dienten in der

politischen Wissenschaft als Grundlage für die Entwicklung eines Konzepts gewaltfreier Verteidigung gegen eine mögliche Okkupation von außen, aber auch gegen einen Putsch von innen – die Soziale Verteidigung (SV). Dieser Begriff bedeutet:

- Nicht eine Armee, sondern die Gesellschaft insgesamt verteidigt sich.
- Nicht prioritär ein Territorium, sondern die Art des sozialen Zusammenlebens in Freiheit, Demokratie, Humanität usw. gilt es zu verteidigen.
- Die eingesetzten Methoden und Mittel müssen sozial, d.h. mit den Grundwerten kompatibel und deshalb gewaltfrei sein.

Ebenso fanden mehrere Akademietagungen in Bad Herrenalb u.a. auch mit dem führenden deutschen Theoretiker der Sozialen Verteidigung Professor Theodor Ebert statt. Auf vier Kirchentagen in den 1980er-Jahren gestalteten Mitglieder dieses badischen Arbeitskreises Informationsstände. Ulrich Lochmann regte die Gründung eines „Zentrums für Soziale Verteidigung“ an, um diese Form der nichtmilitärischen Selbstbehauptung bekannt zu machen. Aus den folgenden Planungsgesprächen, an denen sich auch säkulare Friedens- und Umweltaktivisten mit ihren Erfahrungen in Wyhl und Gorleben beteiligten, ging 1984 die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden hervor. Auch der von einer Kommission des deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes initiierte „Bundeskongress Soziale Verteidigung“ im Jahr 1988 in Minden/Westf. mit 1.200 Teilnehmenden und die Gründung des Bundes für Soziale Verteidigung im Folgejahr fand mit starker Beteiligung aus Baden statt. Mit dem (vorläufigen) Ende des Kalten Krieges – Deutschland galt als nur noch von Freunden umzingelt – verlor die Frage einer Sozialen Verteidigung in der Friedensbewegung und -forschung an Aufmerksamkeit, in den Vordergrund traten die Kriege auf dem Balkan, die Ausweitung des Einsatzgebietes der Bundeswehr, die zunehmenden Rüstungsexporte aber auch die Zunahme rassistischer Gewalt im Inland.



Mitglieder des AK Soziale Verteidigung bei einer Großdemonstration gegen die NATO-Nachrüstung am 10.6.1982 in Bonn -- Foto: Theodor Ziegler

2. Frauen für Frieden, Karlsruhe (Heidi Winter)

Die Gruppe hat sich 1980 im Anschluss an die Weltfrauenkonferenz der UNO in Kopenhagen gegründet. In der Zeit der Nachrüstungsdebatte zu dem Nato-Nachrüstungsdoppelbeschluss mit den Waffensystemen Pershing und cruise-missile und deren Stationierung auch in der Bundesrepublik Deutschland hat sie sich an der Menschenkette „Frieden schaffen ohne Waffen“ und Blockaden in Mutlangen (Depot der Waffensysteme) beteiligt.

Nach den Erfahrungen in der Vergangenheit, dass Frauen und Kinder militärisches und kriegerisches Handeln als „Unterdrückte“ erleiden mussten, wollen Karlsruher Frauen aus Passivität und Sprachlosigkeit heraustreten und ihren Beitrag an der gesellschaftlichen Diskussion über militärisches Aufrüsten und Handeln leisten. Sie ermutigen einander dazu, sich einzumischen bei der Gestaltung einer friedfertigen Welt und fühlen sich den kommenden Generationen verpflichtet.

Frauen für Frieden erarbeiten Themen wie Gewalt in der Sprache, strukturelle und

alltägliche Gewalt, Friedenserziehung, gewaltfreie Aktion und zivile Verteidigung (Wochenendtagungen), Frauen und Militär.

Sie informieren sich über Waffensysteme und deren Wirkungsweise für die Zivilbevölkerung (z.B. Landminen oder Eurofighter) und beteiligen sich an der Diskussion über Alternativen zu militärischen Strategien. Ihre Einschätzung machen sie in öffentlichkeitswirksamen Aktionen bekannt. Frauen für Frieden kooperieren mit anderen Gruppen der Friedensbewegung und beteiligen sich an der Durchführung von Veranstaltungen wie Tagungen, Podiumsdiskussionen oder Mahnwachen.

Die Gruppe besteht derzeit aus 14 Frauen über 60 Jahren. Sie ist weder konfessionell noch parteipolitisch gebunden und offen für andere Frauen, die an friedensethischen Fragen interessiert sind.

Aktivitäten der Gruppe im Einzelnen:

- Nach der Nuklearkatastrophe in Tschernobyl (26. April 1986)
- informierte sich die Gruppe über die verheerenden Schädigungen an Bevölkerung und Umwelt. Besonders die gesundheitliche Versorgung der Kinder schien unzureichend. So organisierte die Gruppe Frauen für Frieden, finanziell unterstützt von einer großen Karlsruher Öffentlichkeit, 1990 und 1991 mehrwöchige Kuraufenthalte in der Nähe von Karlsruhe für mehrere Kindergruppen aus den verstrahlten Gebieten um Mogilew, Weißrussland. Neben einem pädagogisch betreuten Freizeitprogramm wurden die Kinder ärztlich untersucht und bei Bedarf versorgt.
- Es lag nahe, sich der Anti-Atom-Bewegung anzuschließen. Erst recht nach der weiteren Nuklearkatastrophe in Fukushima. Eine logische Folgerung war und ist für die Gruppe die Ächtung von Atomwaffen. Leider wird diese von der Bundesregierung nicht unterstützt.
- Der Zerfall Jugoslawiens 1991-1999 mit Kriegen, insbesondere dem Bosnienkrieg unter deutscher Beteiligung 1992-95, beschäftigte die Gruppe sehr. Sie versuchte zu verstehen, was geschah, was Ursachen und was Wirkungen für die Auseinandersetzungen waren, wollte sich so gut wie möglich informieren, um sich eine eigene Meinung zu bilden und nicht den vorherrschenden

allgemeinen Meinungstrends zu „erliegen“. Zu dem Thema haben Frauen für Frieden sich an Mahnwachen, Demonstrationen und Bittgottesdiensten beteiligt.

- Frauen für Frieden beschäftigen sich mit den Kriegsfolgen, die nach den Kriegen in Jugoslawien in großem Ausmaß bekannt wurden. Noch aktive Landminen, die dort und weltweit nach Kriegen unkontrolliert herumliegen und ziviles Leben bedrohen wurden als Gefahr erkannt. Das führte schließlich zur Ächtung dieser gemeingefährlichen Waffen durch einen UNO-Beschluss.
- Nach dem schrecklichen Angriff auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington am 11.09.2001 begann der „Afghanistankrieg“, den Frauen für Frieden durch Mahnwachen etc. kritisch begleiteten.
- 2010 hat die Gruppe eine Reise nach Kreisau in Polen unternommen und sich an dieser prominenten Stätte des deutschen Widerstands im Dritten Reich mit diesem beschäftigt, wie auch mit der eindrucksvollen Friedensarbeit, die von hier ausgeht und grenzübergreifend junge Menschen zusammenführt.
- Als in Deutschland Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte (Rostock, Mölln, Solingen, ...) und auf jüdische Einrichtungen verübt wurden, solidarisierte sich die Gruppe mit muslimischen Mitbürgern und jüdischen Gemeinden.
- In diesem Zusammenhang fokussiert sie auf Fragen des inner-gesellschaftlichen Friedens. Sie erarbeitet Fragen der sozialen Verteidigung und nimmt an entsprechenden Schulungen teil.
- Das schwierige Verhältnis zwischen Israel und Palästina wurde und bleibt ein wichtiges Thema, eine NAKBA-Ausstellung im DGB haben Frauen für Frieden als Aufsichtführende unterstützt.
- Auch für die Ausstellung „100 Jahre deutscher Rassismus“ 1992 in der Krypta der Evangelischen Stadtkirche Karlsruhe hat die Gruppe Frauen für Frieden Aufsicht geführt und damit zum Gelingen beigetragen.
- Als in der Gesellschaft zunehmend zu beobachten war, dass bestimmte kritische

Positionen und Verhaltensweisen diskriminiert wurden und manche Handlung als übergriffig, rassistisch, antisemitisch, verschwörungsideologisch, bellizistisch, frauenfeindlich, ..., bezeichnet wurde, hat die Gruppe „cancel culture“ zum Thema einer Wochenendtagung gemacht.

- Zweimal hat die Gruppe auf Einladung der Grünen und der Linken eine Reise nach Berlin unternommen, sich über Themen der Tagespolitik informiert und den Bundestag besucht.
- Ihre Vorstellungen, wie eine friedfertige Gesellschaft zu gestalten sei, welche friedenspolitischen Maßnahmen dazu hilfreich sind, haben Frauen für Frieden vor Bundestags- und Landtagswahlen den Kandidat*innen der Karlsruher Wahlkreise schriftlich vorgetragen in der Art von Wahlprüfsteinen und sind auf diese Weise mit ihnen in Kontakt getreten. Die Anfragen und Antwortschreiben wurden im Internet auf der Homepage des Karlsruher Friedensbündnisses veröffentlicht.
- Zwar gibt es einen bundespolitischen Konsens, keinerlei Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu exportieren, doch dieses Verbot wird sehr nachlässig durchgesetzt. Als 2018 eine mehrtägige Aktion „Frieden geht“, gegen Waffenexporte als Staffellauf von Oberndorf am Neckar nach Berlin stattfand, haben Frauen für Frieden sich daran beteiligt.
- Als in der badischen evangelischen Landeskirche das Szenario „Sicherheit neu denken“ entwickelt wurde, fand es das Interesse der Gruppe. Mehrfach hat sie sich damit intensiv beschäftigt, z.B. bei einer Wochenendtagung.

Die Gruppe als Ganze versteht sich nicht als (landes-)kirchliche Gruppe. Gleichzeitig sind einzelne Frauen der evangelischen Landeskirche verbunden und arbeiten da gerne mit. Immer wieder, z.B. während der Friedensdekade, beteiligen sich Gruppenmitglieder an Veranstaltungen des Kirchenbezirks Karlsruhe.

Von den Kirchen, insbesondere der evangelischen Kirche in Baden (EKiBa) und ihren Gemeinden, wünschen sich Frauen für Frieden, dass sie das Ziel, sich zu einer Kirche des gerechten Friedens (Synodalbeschluss vom 23. Oktober 2013) zu entwickeln, weiterhin mit Ernst und Eifer verfolgt. Die Quellen des Neuen Testaments sprechen eindeutig von Freundes- und Feindesliebe,

die eindeutig nur mit einer pazifistischen Grundhaltung zu verwirklichen sind. Auf dieser Basis müssen kirchliche Signale und Stellungnahmen zu politischen und gesellschaftlichen Fragen auf Deeskalation, Gewaltfreiheit und Gerechtigkeit hinwirken.

Seit Gründung der Gruppe Frauen für Frieden sind 42 Jahre vergangen. Ein „harter Kern“ von etwa 10 Frauen hat gruppenspezifische und herausfordernde politische Ereignisse überstanden. Der stabile, freundschaftliche Zusammenhalt mit sowohl teilweise kontroversen Auseinandersetzungen als auch mit Festen und gemeinsam verbrachter Freizeit ist die gemeinsame Basis. Sie macht den Fortbestand der Gruppe möglich und auch, dass sich gelegentlich weitere Frauen anschließen.

Verabschiedet am Montag, den 8. Mai 2023 in Karlsruhe



Frauen für Frieden bei Frieden geht 2018

3. Unterwegs für das Leben (Aline Jung)

„Unterwegs für das Leben“ ist eine Bewegung von Frauen, die jenseits von Konfessions- und Parteigrenzen aus ihrem christlichen Glauben heraus für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung eintreten.

„Unterwegs für das Leben“ entstand 1983 und geht auf zwei scheinbar unabhängige Ursprünge zurück.

1983 fanden in Genf zwischen den beiden damaligen Großmächten USA und UdSSR Abrüstungsverhandlungen statt. Frauen der Evangelischen Landeskirche berieten, wie sie wirksam ihre Stimme gegen die Stationierung von Atomraketen erheben können. Im selben Jahr

war der für den Frauentag vorgeschlagene Predigttext Lukas 7,11-17: die Auferweckung des Jünglings zu Nain. Im Bedenken dieses Textes stellten sich Frauen die Frage: Was bedeutet es in unserer gegenwärtigen Situation, dass sich Jesus dem Zug des Todes und der Resignation entgegenstellt? Wo müssen wir solche Züge des Todes und der Resignation aufhalten? Unter dem Eindruck dieser beiden Vorgänge entschlossen sich die Frauen, einen Brief an die Verhandlungspartner in Genf zu schreiben: „Wir Frauen und Mütter sind erfüllt von der Sorge um das Leben auf der Erde. Wir erheben die Stimme für alle, die es nicht selbst tun können, die Kinder und die Kreatur (...). Finden Sie Lösungen, damit dieses schreckliche und immer gefährlicher werdende Wettrüsten aufhört. Wagen Sie Vertrauen zueinander (...)“.

Um dem Anliegen des Briefes Nachdruck zu verleihen, wurde er durch eine sich immer wieder neubildende PilgerInnen-Gruppe drei Wochen lang zu Fuß von Gemeinde zu Gemeinde durch Baden getragen, versehen mit einer zunehmenden Zahl von Unterschriften und begleitet von den Gebeten derer, die sich nicht auf den Weg machen konnten. Schließlich wurde der Brief mit 46.000 Unterschriften beiden Verhandlungspartnern in Genf übergeben. Es grenzte an ein Wunder, dass sich in beiden Botschaften Türen zu intensiven Gesprächen öffneten.

Bei einem Gespräch im Ökumenischen Rat wurde uns gesagt: Warum kommt Ihr nach Genf? Ihr müsst zu Eurer Regierung nach Bonn gehen, dort wurden die Beschlüsse gefasst. Wir versprochen, dies zu tun und machten uns im Jahr 1984 unter dem Motto: „Den Boden für Abrüstung bereiten; ihn unter die Füße nehmen“ auf zu unserem ersten Pilgerweg nach Bonn. Der Weg führte nun über die eigene Landeskirche hinaus. Wir brauchten die Unterstützung von gastgebenden Gemeinden anderer Landeskirchen. So breitete sich „Unterwegs für das Leben“ über Baden hinaus aus. Besonders die Frauenhilfe der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau trägt die Wege und Aktionen seither mit. Aber auch Frauen aus Württemberg, Westfalen, dem Rheinland und später aus den neuen Bundesländern beteiligten sich an den jährlichen Wegen nach Bonn, wo wir dann vielfältige Gespräche, meist über die Friedensfrage, führten. Hinzu kamen regionale Wege z.B. am Niederrhein, rund um Dresden, um den Bodensee, im Odenwald und Schwarzwald, wie auch ins Elsass und in die

Schweiz. Ein besonderes Geschenk ist für uns, dass sich ab 1990 tschechische Frauen an unseren Wegen beteiligten, zuerst nach Bonn, später nach Berlin. Schritte des Kennenlernens und der Versöhnung zwischen Frauen aus zwei Ländern mit einer leidvollen Geschichte.

Ursprünglich war 1984 ein einmaliger Weg geplant gewesen, aber es war uns schnell klar, dass wir jedes Jahr wiederkommen sollten, um nachzufragen, was in der Zwischenzeit für Abrüstung und Frieden getan worden ist. Jesu Gleichnis von der „unverschämten Witwe“ (Lukas 18,1-8) war unser Ansporn. So gab es nun Jahr für Jahr Pilgerwege nach Bonn. Einige Frauen gingen den ganzen Weg, andere einige Tage oder auch nur Stunden mit, manche reisten mit dem Zug nach Bonn, je nach Möglichkeit.

Die Friedensfrage hatte uns auf den Weg gebracht. Aber bald verstanden wir uns als Teil des konziliaren Prozesses „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ und der Versöhnung (Graz 1997). Wir Unterwegsfrauen beteiligten uns als Mitarbeiterinnen an den beiden europäischen ökumenischen Versammlungen, 1989 in Basel und 1997 Graz, und gestalteten die Pilgerwegen auf den Kirchentagen in Frankfurt und Stuttgart mit.

Als der Regierungssitz nach Berlin verlegt wurde, mussten wir uns neue Kontakte, Wege und Formen suchen. In den neuen Bundesländern waren die kirchlichen Strukturen ganz anders, die Entfernungen zwischen den Gemeinden waren zu groß. So besuchten wir jedes Jahr eine andere Stadt z.B. Erfurt, Stendal, Rostock, Dresden, Wittenberg, Frankfurt/Oder, Forst, Magdeburg, Johanngeorgenstadt und Eisenach. Dort suchten wir das Gespräch mit ganz unterschiedlichen Gruppen. Wir versuchten genau hinzuhören und lernten, dass die jeweilige unterschiedliche Prägung (BRD und DDR) uns manche Fragen unterschiedlich sehen ließen, und dass die Wende für manche viele existenzielle Veränderungen, gar Abbrüche brachte. In Berlin waren wir dann all die Jahre zu Gast beim Friedenskreis in der Paulusgemeinde Neutempelhof.

Ab 1991 führten uns unsere insgesamt 8 Wege, immer in den Wahljahren, nach Prag und durch Tschechien, gemeinsam mit den dortigen Unterwegsfrauen. Trotz der leidvollen Geschichte unserer beiden Länder entstand eine tiefe Freundschaft. Wir teilten unsere Geschichten, lernten viel voneinander über bürgerschaftliches

Engagement, besuchten die leidvollen Orte Theresienstadt, Lidice, aber auch Orte der Vertreibung Deutscher und der kommunistischen Gewalt. Acht Mal waren wir in der Jarov-Gemeinde in Prag zu Gast. Ende November 2022 erhielt ich folgende Nachricht aus Prag: „Diese Freundschaft ist ein Geschenk Gottes für uns, unsere Kirche und auch Land. Für mich ist unvergesslich, wie wir die Unterschiede zwischen vor und hinter dem Eisernen Vorhang gesehen und langsam verstanden haben.“

In den fast 40 Jahren des Miteinander-Unterswegsseins auf mindestens 45 Wegen in der BRD stand das Friedensthema im Vordergrund. Es kam auf vielfältige Weise zum Tragen. Ich kann aus der Fülle nur einige erwähnen. Bei unserem Gespräch im Verteidigungsministerium wurde uns geantwortet: „Wenn Ihre Forderungen (nach Abrüstung) erfüllt würden, käme die Welt vom Kopf auf die Füße“. In Ministerien und bei Abgeordneten forderten wir Jahr für Jahr konkrete Schritte: z.B. Ächtung von Landminen und Sprengbomben, Abzug und Ächtung von Atomwaffen, schärfere Kontrollen der Rüstungsexporte mit Kontrolle des Endverbleibs, besonders auch bei Kleinwaffen, mehr Geld für Prävention, zivile Konfliktlösungen und für die Ausbildung von Friedensfachkräften. Wir kritisierten das Weißbuch der Bundeswehr, das Engagement in Afghanistan, hinterfragten militärische Übungsgelände, empfahlen das Konzept „Sicherheit neu denken“ usw. Begegnungen mit engagierten Gruppen vor Ort dienten dem Austausch und der gegenseitigen Stärkung. So waren wir mehrfach auf dem Hunsrück in Hasselbach, Pferdsfeld, Eckweiler und auf dem Gossberg, suchten das Gespräch und feierten miteinander Gottesdienste. In den Neuen Bundesländern vernetzten wir uns mit den Initiativen „freie Heide“ (inzwischen geschlossener Bombenabwurfplatz) und „offene Heide“ (Panzerübungsgelände). Was wir dort gesehen und gehört hatten, floss in unsere Gespräche in Bonn und Berlin ein. Schon früh spielte die gefährliche Situation in der Ukraine eine Rolle.

Wichtig waren uns auch die Gespräche über die Friedensfrage mit kirchlichen Amtsträgern: z.B. Militärbischöfen, den evangelischen Bischöfen Dr. Wolfgang Huber (EKD und EKKBO), Ilse Junkermann (Mitteldeutschland) und Ulrich Fischer (Baden), der auch einen Tag mitpilgerte, und dem katholischen Bischof Warnke (Erfurt). Harald Brettschneider berichtete uns über das Entstehen von „Schwertern zu Pflugscharen“ in der DDR.

Schon früh forderten wir in Bonn und Berlin den Ausbau erneuerbarer Energien (wir wurden dafür belächelt) und nachhaltigen Umgang mit der Erde und ihrer Ressourcen. Wir besuchten Atomkraftwerke, Chemiefirmen, den Braunkohletagebau in der Lausitz, wo wir mit ehemaligen BewohnerInnen der abgebaggerten Dörfer sprachen.

Das Thema Gerechtigkeit und Menschenrechte zog sich wie ein roter Faden durch unsere Gespräche. Auch hier kann ich stellvertretend nur einige Beispiele herausgreifen: gerechtere Handelsbeziehungen zu den „Entwicklungsländern“, auch um Fluchtursachen zu bekämpfen, Schuldenerlass für hochverschuldete Länder, Transaktionssteuern, Menschenhandel und Zwangsprostitution, Schere zwischen arm und reich, Umgang mit Flüchtlingen, Förderung von bezahlbarem Wohnraum und ...

Bibeltexte haben uns Tag für Tag begleitet, in manchen Situationen wurden sie erstaunlich aktuell. Das Wissen, dass wir nur stellvertretend unterwegs waren und sind, hat uns davor bewahrt zu resignieren oder fanatisch zu werden. Was wir in 40 Jahren bewirkt haben, wissen wir nicht, aber manche unserer Forderungen sind Wirklichkeit geworden. Das Motto von „Unterwegs für das Leben“ war all die Jahre der Vers aus 2. Timotheusbrief

Gott hat uns nicht den Geist der Verzagtheit gegeben, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit. 2.Tim.1,7

Aline Jung, Mitglied des Sprecherinnenkreis „unterwegs für das Leben“ Ende November 2022

Link für die ausführlichere Festschrift von 2013:

30_jahre_unterwegs_fuer_das_leben__broschuere.pdf (ekiba.de)

https://www.ekiba.de/media/download/variant/23157/30_jahre_unterwegs_fuer_das_leben__broschuere.pdf

4. Die Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden (Dietrich Becker-Hinrichs)

In den 1970er-Jahren entwickelten sich mit den Bürgerinitiativen neuartige soziale Bewegungen. Die gewaltfreie Platzbesetzung gegen das geplante Atomkraftwerk im Wyhl gab im Jahr 1975 den Startschuss für den bundesweiten Widerstand gegen die Atomenergie. Seitdem gibt es eine bis heute reichende erfolgreiche Geschichte



„Unterwegs für das Leben“
1992 beim Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker –
die Autorin Aline Jung ganz rechts im Bild

von gewaltfreien Aktionen und Kampagnen gegen den Bau und den Betrieb von Atomkraftwerken.

Mit dem Erstarken der Friedensbewegung in den frühen 1980er-Jahren entstand eine weitere soziale Bewegung, die ihren Widerstand und ihre Aktionen gewaltfrei praktizierte. In dieser historischen Situation wurde auch im Südwesten Deutschlands über die Notwendigkeit diskutiert, langfristig gewaltfreie Methoden und Strategien des Widerstands weiterzuentwickeln und zu vermitteln. Es entstand die Idee zur Gründung eines gewaltfreien Zentrums in Baden.

Gründung:

1984 wurde schließlich die „Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden“ in Karlsruhe gegründet. Soziale Bewegungen sollten gestärkt, gewaltfreie Aktionen durch Trainings vorbereitet und die Arbeit von Gruppen und Initiativen erfolgsorientiert unterstützt werden. Dies geschah in Kooperation mit dem Ökumenischen Netz Baden, dem Arbeitskreis Soziale Verteidigung in der Ev. Landeskirche Baden sowie den Trainingskollektiven für Gewaltfreie Aktion aus Heidelberg und Karlsruhe.

Der Trägerverein erhielt den Namen „Gewaltfrei Leben Lernen e.V.“. Damit war und ist der Anspruch verbunden, neben der Gewaltfreiheit als politischer Aktionsform auch die Fragen des Lebensstils im Alltag in einem produktiven Spannungsverhältnis zu verbinden. Theorie und Praxis vom M. Gandhi und M.L. King, aber auch anarchistische und friedenskirchliche

Strömungen bildeten Bezugspunkte zur politischen Praxis und zum Alltagshandeln.

Was hat die Werkstatt seitdem erreicht?

Ausbildungen und Trainings, Themen und Zielgruppen:

Im Lauf der Jahrzehnte entwickelte die Werkstatt eine Vielzahl von Seminaren, Trainings und schließlich auch Aus- und Fortbildungen. Neben der kontinuierlichen Begleitung der Ökologie-, Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung war die Werkstatt in wechselnder Intensität auch in der Frauen- und Männerbewegung, in der Anti-Rassismus-bewegung (Trainings in Zivilcourage) und der Bewegung zur Kriegsdienst- und Totalverweigerung gegen alle Kriegsdienste aktiv.

Im Zentrum der meisten Aktivitäten stand vor allem die Friedensbewegung. Mit dem Golfkrieg 1990, dem Jugoslawien- und Kosovokrieg und den zunehmenden fremdenfeindlichen Attacken in Deutschland in den 1990er-Jahren rückte auch das Thema zivile und konstruktive Konfliktbearbeitung und Mediation (Vermittlung in Konflikten) auf die Agenda. Bei den Alltagsthemen standen Formen des Sexismus und militarisierter Männlichkeit, herrschaftsfreie Entscheidungsfindung (Konsens), gewaltfreie Kommunikation und konstruktive Formen der Zusammenarbeit in Gruppen im Mittelpunkt. Mit dem Thema Mediation und den vielfältigen Anwendungsbereichen im Alltag und in der Politik leistete die Werkstatt Pionierarbeit.

Bei all diesen Themen ging und geht es um die kreative Verbindung von gewaltfreiem Alltagshandeln und politischer Auseinandersetzung im öffentlichen Raum, wozu auch die Aktionsform „Boycott“, die die Werkstatt schon früh aufgegriffen hatte, gehörte.

Seit Ende der 90er Jahre wurden zunehmend längerfristig angelegte Qualifikationen angeboten. Mitarbeitende der Werkstatt waren an der Ausarbeitung des Curriculums der Ausbildung für Friedensfachkräfte, dem heutigen Zivilen Friedensdienst, beteiligt. Kurse für eine Grundqualifizierung in gewaltfreier Konfliktbearbeitung folgten im Auftrag der Ev. Landeskirche in Bayern und über mehrere Jahre in der Ev. Landeskirche in Württemberg.

Im Laufe der Zeit entstanden drei Grundausbildungen, die von der Werkstatt angeboten wurden: „Mediation“, „Moderation und Konsens“ sowie die „CampaPeace“, eine Ausbildung, die für

die Entwicklung politischer Kampagnen qualifiziert.

Aktionstrainings, Aktionen und Kampagnen:

Beteiligt war die Werkstatt u.a. an gewaltfreien Aktionen gegen den zweiten Golfkrieg, bei der Kriegssteuerungsverweigerung, an Aktionstrainings für den Anti-AKW-Widerstand von Gorleben über Gundremmingen bis Neckarwestheim, beim zivilen Ungehorsam in der Anti-Genmais-Bewegung, bei Trainings und Blockaden gegen Castor-Transporte, bei Protesten gegen die G8-Gipfel in Heiligendamm und Davos und bei Blockaden am Atomwaffenlager in Büchel.

Mit ihrem Kampagnen-Team stand die Werkstatt politischen Gruppen und Initiativen und auch Gewerkschaften immer wieder beratend bei der Entwicklung von gewaltfreien Kampagnen zur Seite. Kampagnen, an denen sich die Werkstatt beteiligte, waren zum Beispiel die Landminen-Kampagne „Daimler Minen Stoppen!“, mit der der Großkonzern Daimler zum Ausstieg aus der Minenproduktion bewegt wurde, ein Siemens-boycott wegen der Beteiligung am Bau von AKWs sowie die Forderung von sozialen Mindeststandards bei der Drogeriekette Schlegel.

Seit vielen Jahren engagiert sich die Werkstatt in der Friedensbewegung bei den Kampagnen „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“, „Atomwaffenfrei.jetzt“. Seit einiger Zeit unterstützt die Werkstatt wieder stärker die Klimagerechtigkeitsbewegung und arbeitet mit Gruppen wie Fridays for Future zusammen sowie mit Extinction Rebellion. Bei Klimacamps werden Aktionstrainings angeboten, aber auch große Bewegungstreffen moderiert.

Netzwerke und Kampagnen:

Seit ihrer Mitarbeit bei der Gründung des Bundes für Soziale Verteidigung ist die Werkstatt dieser pazifistischen Friedensorganisation bis heute verbunden und dort immer wieder aktiv. Aktuell arbeitet sie in der Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ mit, die das Konzept der Sozialen Verteidigung neu aufgegriffen hat. Darüber hinaus arbeitet sie seit vielen Jahren in der bundesweiten „Kooperation für den Frieden“ und in der AGDF, der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, mit. Beim „Zentrum Frieden“ während des Deutschen Evangelischen Kirchentags 2015 in Stuttgart war die Werkstatt mit im Koordinationsteam tätig.

Als eine beständige Unterstützerin der Werkstatt erwies sich die Ev. Landeskirche in Baden.

Im Forum Friedensethik engagierte Werkstattmitglieder haben zu pazifistischen Positionierungen innerhalb der Ev. Landeskirche in Baden beigetragen und sie wirkten im friedensethischen Konsultationsprozess mit.

Wichtige Publikationen:

Die Reihe der Publikationen aus dem Raum der Werkstatt ist groß, besonders hervorzuheben sind beispielsweise die diversen Publikationen zum Thema Mediation. Christoph Besemer verfasste hier 1993 das anerkannte Grundlagenwerk für Mediation: „Mediation die Kunst der Vermittlung in Konflikten“.

2004 erschien „Konsens – Handbuch zur gewaltfreien Entscheidungsfindung“, verfasst von Bernd Sahler et al., mit grundlegenden Artikeln und praktischen Anleitungen zur Konsensfindung in Gruppen.

2007 veröffentlichte die Werkstatt den Sammelband „Gewaltfrei gegen Hitler? – Gewaltloser Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Bedeutung für heute“, nach einer Idee von Christoph Besemer, mit Beiträgen von verschiedenen AutorInnen in- und außerhalb der Werkstatt.

Aktuelle und ehemalige hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Fjell zu Jeddeloh, Walli Lang, Sara Fromm, Kerstin Deibert, Christoph Besemer, Renate Wanie, Bernd Sahler und Dietrich Becker-Hinrichs



Aktion in Büchel

5. Das Forum Friedensethik (Manfred Jeub)

Das „FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden“ ist der Zusammenschluss von über 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die Durchführung von Studentagen.

Sind wir im Kreis gelaufen?

Eine kritische Standortbestimmung des Forums Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden (FFE)

1. Erneut und durch die Ereignisse des ...-Krieges⁴⁸ besonders herausgefordert, stellen wir fest, daß es uns in den Kirchen noch immer nicht gelungen ist, ein deutliches ethisches Urteil zu sprechen zu Androhung und Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik.
2. Der ...-Krieg hat gezeigt, wie viele Falschinformationen den Kriegsbeginn und Verlauf in der Öffentlichkeit zu legitimieren versuchten. Solche Desinformationen dienen nach wie vor zur Begründung und Rechtfertigung von militärischen Interventionen. Auch die kirchlichen Stellungnahmen waren von dieser Informationspolitik beeinflusst.
3. Wir stellen fest, dass selbst das Potential früherer grundsätzlicher kirchlicher Äußerungen in diesem Konflikt vergessen und nicht als Begrenzung und Bestreitung des Rechts der militärischen Intervention zur Geltung gebracht wurde.
4. Der christliche Hinweis in den kirchlichen Stellungnahmen auf das unvermeidliche Schuldig-Werden im politischen Handeln wurde missbraucht zur einfachen Selbstrechtfertigung der Politik.
5. Daraus folgt: Die Kirche muss entschiedener und eindeutiger auf Gottes Gebot hinweisen.

48 Die Bedeutung des Auslasszeichen wird nach den folgenden acht Punkten erklärt.

Sie muss die Einsicht fördern, dass Krieg und militärische Intervention nicht den Unfrieden in Frieden umwandeln können, sondern das Leid fortsetzen oder gar verschlimmern.

6. Wir vom FFE ziehen für die Kirche die Lehre aus diesem Krieg, dass wir viel kritischer mit den angebotenen Informationen umgehen müssen. Bei der Meinungsbildung müssen wir unbedingt stärker die Stimmen der Ökumene einbeziehen.
7. Nun geht es darum, das Geschehen dieses Krieges und die kirchlichen Stellungnahmen dazu aufzuarbeiten. Dazu gehört, dass wir auch in der Kirche entschlossener die Diskussion um das Verhältnis von internationalem Recht, Menschenrechten und nationalen Verfassungen führen.
8. Der Streit über die richtigen Wege zum Frieden muss unter Christinnen und Christen neu entbrennen.

Die Auslassungszeichen stehen für das Wort „Kosovo“. Es war diese erste deutsche Kriegsbeteiligung nach 1945 und die kirchliche Hilflosigkeit ihr gegenüber, die das Forum Friedensethik entstehen ließen. Das Dokument ist die erste öffentliche Erklärung des FFE nach seiner Gründung, verabschiedet im Juli des Jahres 2000 auf dem ersten Studientag. Implizit enthält es das Programm dieses Zusammenschlusses friedensengagierter Menschen, dem 23 Jahre ehrenamtliches Engagement eines wechselnd besetzten Leitungskreises folgten mit dem Ziel, eine inner-kirchliche Klärung zur Frage militärischer Gewalt im Sinne des Evangeliums zu befördern. Dazu dienten jährliche Studientage und die Zeitschrift FFE-Rundbrief, Presseerklärungen, offene und andere Briefe und sehr viele Gespräche. Mitglieder des FFE waren maßgeblich daran beteiligt, dass in der Badischen Landeskirche 2013 ein friedensethischer Diskurs auf allen Ebenen stattfand, der in landeskirchliche Beschlüsse mündete. Wir haben gern mit den verstetigten Ergebnissen, der „Initiative Sicherheit neu denken“ und dem Friedensinstitut sowie der Arbeitsstelle Frieden zusammengearbeitet. Überhaupt hat sich das FFE im Laufe der Jahre mit anderen Friedensinitiativen vernetzt, die zu seinen Schwerpunktthemen Gewaltfreiheit, Ächtung der Atomwaffen und Lösung des sog. Israel/Palästina-Konflikts engagiert sind. Zur Konsultation „Die Friedensbewegung und die ‚Zeitenwende‘“ auf dem Studientag 2022 waren die 14 größeren Organisationen alle vertreten. 2017 fand das FFE in der Tagesschau Erwähnung, denn wir

gehören zu den wenigen deutschen Mitgliedern von ICAN, der internationalen Dachorganisation zur Abschaffung der Atomwaffen, der in jenem Jahr der Friedensnobelpreis verliehen wurde.

Im Jubiläumsjahr 2020 erschien der fast 500 Seiten umfassende Band „Sie sagen Frieden, Frieden ... Zwanzig Jahre Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche Baden“ (Books on Demand 2020, 15,90 Euro, ISBN 978-3-752-62956-9). Die Gründungsmitglieder Wilhelm Wille und Dirk-M. Harmsen (†) für den Dokumentationsteil stellen darin die Aktivitäten des FFE ausführlich und gut lesbar dar. Es sind nicht nur Erfolge, sondern auch Niederlagen und meist mühseliges Bohren dicker Bretter zu berichten. Wille schließt: „Bleibt das FFE, hat es also einen schwierigen Weg vor sich. Für unterwegs noch ein Gedicht, das schon oft Mut gemacht hat:

Nicht müde werden
sondern dem Wunder
leise
wie einem Vogel
die Hand hinhalten.

(Hilde Domin)“

Man setze in die Auslassungen des obenstehenden Dokumentes „Ukraine“ ein – spricht nicht 23 Jahre später der Text kaum verändert zur Situation? Beim nächsten „Ernstfall“ kehren sie alle wieder: die Medien im Propagandamodus des Freund-Feind-Denkens, die Rechtfertigung militärischer Gewalt als Nothilfe, die Genozid Behauptungen, die moralischen Druck machen. Und kirchlich: die „Ratlosigkeit“, diesmal von der Not gar zur Tugend geadelt, das Beiseiteschieben mühsam erarbeiteter friedensethischer Einsichten, diesmal im Glauben an eine „Zeitenwende“ gar offensiv für revisionsbedürftig erklärt. Sind wir

im Kreis gelaufen? Wer die badische Landesbischofin auf dem Podium des Nürnberger Kirchentages untergehakt mit einem General und einem Grünen-Politiker als Wierpart des EKD-Friedensbeauftragten Friedrich Kramer erlebt hat, könnte das meinen.

Manfred Jeub, 6.10.2023



6. Gläubige für den Frieden (Jügen Stude)



Der in St. Georgen beheimatete Verein „Gläubige für den Frieden e.V.“ versucht seit seiner Gründung im Jahr 2015, den Frieden zwischen Kulturen dadurch zu fördern, dass die religiösen Wurzeln der Gewaltfreiheit in den Religionen erkannt und bekannt gemacht werden. Dies geschieht durch:

- die Durchführung von Bildungsveranstaltungen
- die Organisation von ökumenischen und interreligiösen Begegnungen
- Zusammenarbeit mit und durch die Unterstützung von Personen und Initiativen
- im In- und Ausland, die für die oben genannten Ziele eintreten.

Eine wichtige Aufgabe sieht der Verein in der Unterstützung seiner kroatischen Partnergruppe RAND (Gläubige für den Frieden), die sich seit vielen Jahren in den Nachfolgerepubliken Jugoslawiens im Sinne der christlichen Gewaltfreiheit engagiert. Sie ist mit gewaltfreien kirchlichen, islamischen und jüdischen Gruppen und Initiativen auf dem Balkan vernetzt.

7. Ökumenisches Jugendprojekt Mahnmal und „Förderverein Mahnmal e.V.“ (Jügen Stude)

Das Ökumenische Jugendprojekt Mahnmal wurde 2004 von der Erzdiözese Freiburg und der Landeskirche ins Leben gerufen, mit dem Ziel, die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden am 22. Oktober 1940 in das südfranzösische Internierungslager in Gurs im kollektive Gedächtnis Badens zu verankern. Auf dem Gelände der Jugendbildungsstätte Neckarzimmern wurde dafür eine Bodenskulptur in Form eines Davidsterns geschaffen, die Platz bietet für Erinnerungssteine aus den 137 badischen Deportationsorten. Aus diesen Gemeinden werden von Jugendlichen jeweils Steine geschaffen, von denen einer in Neckarzimmern steht und das Gegenstück in der Heimatgemeinde, was dem lokalen Gedenken einen Ort gibt. Mittlerweile hat sich das Mahnmal zum zentralen Erinnerungsort zur Verfolgung der badischen Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus entwickelt. Die vor Ort stattfindende Gedenkarbeit wird von dem 2015 gegründeten „Förderverein Mahnmal“ getragen.



V. ZU DEN AUTOREN:

Ralf Becker arbeitete an der Entwicklung des Szenarios mit und koordiniert seit April 2019 im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden die bundesweite zivilgesellschaftlich-kirchliche Initiative „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“.

Stefan Maaß (Jg. 1964), Dipl.-Religionspädagoge, war ab 2003 Landeskirchlicher Beauftragter für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende. Er ist Friedensbeauftragter der Evangelischen Landeskirche in Baden und hat an dem „Entwurf eines Positionspapiers zur Friedensethik der Evangelischen Landeskirche“ von 2012 mitgearbeitet und leitete die Arbeitsgruppe, die das Szenario „Sicherheit neu denken“ erarbeitete.

Jürgen Stude (Jg. 1953), Dipl. Religionspädagoge war ab 1996 Landeskirchlicher Beauftragter für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende. Er war mit Stefan Maaß bis zum Jahr 2016 Friedensbeauftragter der Evangelischen Landeskirche in Baden. Er hat den Freiwilligen Ökumenischen Friedensdienst (FÖF) aufgebaut. Er ist Vorsitzender des „Fördervereins Mahnmal. Er hat an dem „Entwurf eines Positionspapiers zur Friedensethik der Evangelischen Landeskirche“ von 2012 mitgearbeitet

Theodor Ziegler (Jg. 1953), Religionspädagoge, war ab 1982 Landeskirchlicher Beauftragter für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende, ab 1996 Religionslehrer, 2010 Masterthesis zur biblischen Friedensethik, 2018 Promotion in Bonn zum Dr. phil. mit der Dissertation „Motive und Alternativentwürfe christlicher Pazifisten“. Er arbeitete an der Entwicklung des Szenarios „Sicherheit neu denken“ mit und vertritt das Forum Friedensethik im Koordinierungskreis der „Initiative Sicherheit neu denken“.

VI. DOKUMENTE

1. Eingabe des Arbeitskreises Frieden im Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald

Udo Grotz

Müllheim, 17.03.11

c/o Arbeitskreis Frieden
im Evangelischen Kirchenbezirks Breisgau-Hochschwarzwald
Auggener Weg 15
79379 Müllheim
07631/1836097
udo.grotz@web.de

Eingabe des AK Frieden

An den Vorsitzenden der Evang. Bezirkssynode Breisgau- Hochschwarzwald

Sehr geehrte Herr Rieflin!

Der AK Frieden bittet um Aufnahme anhängender Eingabe in die Tagesordnung der nächsten Synode und um Beschlussfassung!

mit freundlichen Grüßen und Dank im Voraus,

U. Grotz

./.. Eingabe

Das Dekanat wird gebeten vorab die Eingabe den Gemeinden / Pfarrämtern zukommen zu lassen.

Arbeitskreis Frieden im Evangelischen Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald

c/o Pfr., Rel.-lehrer Udo Grotz
Auggener Weg 15
79379 Müllheim
07631/1836097
E-Mail: udo.grotz@web.de

Theodor Ziegler, Rel.Lehrer in Breisach
7 impasse du saule
F 68600 Algolsheim
Tel. 0033 38972 9595
E-Mail: zieglertheodor@wanadoo.fr

Eingabe an die Evangelische Bezirkssynode Breisgau-Hochschwarzwald zur Friedensethik mit der Bitte um Weiterleitung an die Landessynode der Evangelischen Landeskirche Baden

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder,

die diesjährige Jahreslosung – „Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem.“ (Rö 12,21) – beinhaltet zwei wichtige Aspekte biblischer Friedensethik: Zum Einen lässt sich das Böse nicht durch böses Tun wirklich beseitigen, sondern nur durch das Tun des Guten. Und zum Zweiten muss eine Seite damit anfangen, den Kreislauf des Bösen zu unterbrechen. Diese Wesensmerkmale christlicher Ethik lassen sich nicht nur auf den persönlichen und innergesellschaftlichen Bereich begrenzen, sondern haben ihre Bedeutung auch im Zusammenleben der Völker.

Wir nehmen diesen Impuls zum Anlass, die friedensethische Position der Evangelischen Kirche in Deutschland – „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ – von 2007¹ in wesentlichen

1 Gütersloh 2007 (Zahlen in Klammern geben die Abschnittsnummern in der Denkschrift wieder)

Teilen in Frage zu stellen. Die inzwischen eingetretene weitere Entwicklung im und um den Afghanistankrieg (Bombardierung der entführten Tanklaster mit über 90 Menschenopfern bei Kundus im September 2009, der Klartext des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler über die wirtschaftlichen Zielsetzungen der Auslandseinsätze² wie auch das Wirken der Militärseelsorge in Afghanistan³, sowie die Diskussion um die Kriegskritik der ehemaligen Bischöfin und EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann⁴) erfordern eine breite Diskussion über die **Neuorientierung der evangelischen Friedensethik an den biblischen Kernaussagen des christlichen Glaubens.**

Wir fragen: Kann man noch von der vorrangigen Option der Gewaltfreiheit sprechen, wenn allein der finanzielle Aufwand für die kriegerische Option das Tausendfache gewaltfreier Bemühungen ausmacht? Warum benennt die EKD nicht die Eigendynamik des militärisch-industriellen Komplexes und das Faktum, dass Deutschland weltweit der drittgrößte Rüstungsexporteur ist. Müsste aus christlicher Sicht nicht für die Gewaltfreiheit als einziger Option eingetreten werden? Zumal Gewaltfreiheit ihre Wirkmächtigkeit nur und gerade dadurch entfaltet, dass sie nicht auch noch die Keule militärischer Gewaltandrohung in der Hinterhand hält⁵.

Wir sehen für eine solche gewaltfreie Standortbestimmung der Kirche eine große Dringlichkeit. Das Eintreten gegen wie auch immer begründete Auslandseinsätze der Bundeswehr und für die Entwicklung nichtmilitärischer Konfliktregelungen im internationalen Bereich sollte unmittelbarer Ausdruck unserer Nachfolge Jesu Christi und damit eine Form politischer Diakonie sein. Wer, wenn nicht wir Christen, sollte den ersten Schritt zum Ausstieg aus der kriegerischen Konfliktregelung wagen? Zumal Jesus nach Matthäus 5 die Sanftmütigen und die Frieden Stiftenden selig preist und seine Jüngerschar auffordert, Salz und Licht der Erde zu sein.

Wir bitten deshalb die Bezirkssynode, bei unserer Landessynode die Erarbeitung einer eigenen christlichen friedensethischen Position auf möglichst breiter Basis (ähnlich dem Kirchenkompass-Prozess) zu beantragen und deren Ergebnisse in die EKD einzubringen.

Im Anhang haben wir einige „Anregungen für eine Neuorientierung evangelischer Friedensethik“ beigefügt und sind gerne zum Gespräch mit Ihnen bereit.

Müllheim, 26.1.11

Udo Grotz

Dora Koelbing

Dr. Wilhelm Wille

-
- 2 „In meiner Einschätzung sind wir insgesamt auf dem Wege, in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe, mit dieser Außenhandelsabhängigkeit, auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren - zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch negativ auf unsere Chancen zurückschlagen, bei uns durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern. Alles das soll diskutiert werden – und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg.“
Quelle: Bundespräsident Köhler auf dem Rückflug von Afghanistan nach Berlin gegenüber Deutschlandradio Kultur, 22.05.2010; Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg bestätigte diese Position lt. ARD-Internethinrichten vom 9.11.2010 auf der Berliner Sicherheitskonferenz: „Der Bedarf der aufstrebenden Mächte an Rohstoffen steigt ständig und tritt damit mit unseren Bedürfnissen in Konkurrenz.“ Dies könne zu neuen Krisen führen. Die Verknappung der Rohstoffe beeinflusse das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands. „Da stellen sich Fragen auch für unsere Sicherheit, die für uns von strategischer Bedeutung sind.“ Auch er verwies auf die Piraterie als Gefahr für den globalen und damit auch den deutschen Handel.
 - 3 So bezeichnete Militärdekan Bernd Göde in der ARD-Dokumentation „Töten für den Frieden“ von Tilman Jens (vom 1.12.2010, 23.30 Uhr) seine Soldaten als „Krieger des Lichts“, weil sie ein Licht dort hin brächten, wo die Finsternis regiere. Der militärseelsorgerliche Versammlungsraum wurde als „Gottesburg“ benannt.
Ebenso sollte zu bedenken geben, dass nach wie vor auf jedem Kriegsgerät der Bundeswehr das stilisierte Kreuzessymbol prangt – was in einem islamischen Land wohl nur als „christliche“ Provokation aufgefasst und aus christlicher Sicht als ein nicht zu überbietender Widerspruch, wenn nicht gar als eine Blasphemie empfunden werden kann.
 - 4 SPIEGEL-ONLINE vom 14.01.2010: „Nichts sei gut in Afghanistan, hatte die EKD-Ratsvorsitzende all jenen zugerufen, die die Lage beschönigten. Sie forderte ‚mehr Phantasie für den Frieden‘. Und in einem Interview betonte die Bischöfin, der Krieg am Hindukusch sei ‚so nicht zu rechtfertigen‘. „Laut dem Wehrbeauftragten des Bundestags, Reinhold Robbe, SPD, sei es „naiv, in Afghanistan mit Gebeten und Kerzen Frieden schaffen zu wollen wie vor 20 Jahren die DDR-Opposition; ‚aber niemand hindert Frau Käßmann daran, sich am Hindukusch mit den Taliban in ein Zelt zu setzen und über ihre Phantasien zu diskutieren, gemeinsam Rituale mit Gebeten und Kerzen zu entwickeln““. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,671728,00.html> (Zugriff am 6.2.2010) http://www.ekd.de/predigten/kaessmann/100101_kaessmann_neujahrspredigt.html (Zugriff am 7.3.2010)
 - 5 Die Erfolge von Gandhi, M.L. King oder den DDR-Bürgerrechtlern waren gerade von dem Verzicht auf jegliche militärische Gewalt geprägt.

Anregungen für eine Neuorientierung evangelischer Friedensethik

Die bisherigen friedensethischen Äußerungen der EKD bestätigen im Grunde – bei kleineren, vorsichtigen Veränderungsvorschlägen – die vorherrschende sicherheitspolitische Auffassung, dass man auf eine militärische Option (das heißt im Zweifelsfalle, zur Kriegsführung bereit zu sein) zur Friedenssicherung nicht verzichten könne und eine Beteiligung an einem Krieg, eine für Christen mögliche Handlungsoption sei. (54, 60, 61, 66 u.a.)

Dabei wird offenbar übersehen, dass Jesus in dem, bei jeder Taufe in Erinnerung gebrachten, „Missionsbefehl“ (Mt 28,20) auffordert, alles zu halten, was er befohlen hat. Eine der zentralsten und von ihm selbst praktizierten Aufforderungen sind die zu Gewaltverzicht und Feindesliebe (Mt 5,38 ff) bzw. die alle biblischen Gebote zusammenfassende Goldene Regel (Mt 7,12). Nach Jesus ist Gewaltverzicht und Feindesliebe Ausdruck unserer Gotteskindschaft (Mt 5,44-48) als auch ein Gebot der Klugheit (Mt 7,24 ff.).

Eine Reihe von evangelischen Christen haben ihre Nachfolge an diesem Wesenskern christlichen Glaubens orientiert und werden deshalb nicht ganz zu Unrecht auch als „evangelische Heilige“ verehrt und in der kirchlichen Jugendarbeit und im Religionsunterricht zusammen mit weiteren, sich auf Jesus berufenden Menschen unseren Kindern und Jugendlichen als Vorbilder nahe gebracht. Beispielhaft möchten wir Martin Niemöller, Dietrich Bonhoeffer, den späten Carl Friedrich von Weizsäcker⁶, Martin-Luther King, Desmond Tutu und die vielen Christen in den Friedensgruppen der ehemaligen DDR wie beispielsweise Christian Führer nennen, die konsequent und glaubwürdig die von Jesus Christus gelehrtete Gewaltfreiheit im 20. Jahrhundert praktiziert und vertreten haben. Bedauerlicherweise scheinen diese Glaubenszeugen, wenn es wie in der EKD-Denkschrift um eine friedensethische Positionsbestimmung geht, dann plötzlich nicht mehr zu existieren oder für die reale Welt nicht mehr beispielhaft zu sein.

Um Anhaltspunkte für die anstehenden Fragestellungen zu geben, seien nachfolgend einige Thesen formuliert:

- 1) Die im biblischen Schöpfungsglauben bezeugte Gottebenbildlichkeit des Menschen begründet seine unantastbare Würde und verwehrt damit die bewusste Inkaufnahme seiner Verletzung oder gar Tötung, wie sie geplant und vorbereitet vor allem im Krieg geschieht. Als Kinder des himmlischen Vaters ist es uns nicht möglich, Konflikte mit Kriegsandrohung verhindern oder mit Krieg lösen zu wollen, ohne die Substanz des Evangeliums aufzugeben.
- 2) Nach über 1600 Jahren „konstantinischem Zeitalter“, in dem staatliche Machtpolitik mehr oder weniger die Bibelauslegung bestimmt hat – mit im wahrsten Wortsinne *verheerenden Folgen*, ist es an der Zeit, sich auf die Ursprünge unseres Glaubens an den Gott des Friedens zu besinnen und daraus die notwendigen Veränderungen abzuleiten. Die **Gewaltfreiheit Jesu** wieder ins Bewusstsein zu rücken, ist dringlicher denn je und sowohl eine stetige **innerkirchliche Bildungsaufgabe wie auch ein missionarischer Auftrag** in dieser Welt.
- 3) Die historische Verantwortung, die wir heutige Christen in Deutschland nach zwei von deutschem Boden ausgegangenen schrecklichen Weltkriegen haben, lehrt uns, Krieg unter keinen Bedingungen als eine mögliche Handlungsoption zu akzeptieren. Wenn Krieg „Sünde wider Gott und eine Entwürdigung des Menschen“ ist (Ökumenische Vollversammlung in Amsterdam, 1948)⁷, dann ist es konsequent, für die vollständige militärische Abrüstung unseres Landes, das heißt, die ersatzlose Abschaffung der Bundeswehr einzutreten. Deutschland sollte aus seiner historischen Verantwortung heraus den Anfang der **Entmilitarisierung** machen.
- 4) Die Gewaltfreiheit als Ausdruck der christlichen Nächstenliebe ist eines der zentralen Wesensmerkmale des christlichen Glaubens, symbolisiert durch das Kreuz und die Auferweckung Christi. Das

6 <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,480059,00.html>: Nach seiner Emeritierung im Jahr 1980 trat Carl Friedrich von Weizsäcker für einen radikalen Pazifismus ein und arbeitete in den 90er Jahren an seinem philosophischen Werk „Zeit und Wissen“.

7 Übrigens wurde die Apartheid in Südafrika, die Rassentrennung in USA, die Todesstrafe oder die körperlich Züchtigung noch bis vor wenigen Jahrzehnte auch von Christen als sinnvoll bzw. unersetzlich bezeichnet und vor allem biblisch begründet! Warum sollte eine humane Innovation im Bereich der Friedenspolitik nicht auch möglich sein?

Vorbild des gnädigen und barmherzigen Gottes, der sich uns gerade im Leben Jesu in einzigartiger Weise geoffenbart hat, ruft uns alle zu einem gewaltfreien Verhalten im persönlichen wie im politischen Bereich auf. Dabei geht es nicht um ein passives Hinnehmen des Bösen, sondern um ein Aktivwerden mit dem Ziel, **das Böse durch Gutes tun zu überwinden** (Jahreslosung 2011). Hierfür gilt es, die vielen Erfahrungen mit Gewaltfreier Aktion in der Vergangenheit und Gegenwart, so auch den in der EKD-Denkschrift erwähnten Zivile Friedensdienst (182), zum Vorbild zu nehmen und in kreativer Weise für neue Konfliktsituationen (z.B. als Soziale Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland) weiterzuentwickeln. Dazu sollten auf EKD- oder landeskirchlicher Ebene Forschungsaufträge erteilt bzw. Arbeitsgruppen eingerichtet werden. Wir Christen würden dadurch unserem Auftrag nachkommen, Salz und Licht der Erde zu sein.

- 5) Dass auch ein entmilitarisiertes Land mit Risiken zu rechnen hat, ist uns bewusst. Diese sind jedoch im Vergleich mit den in Geschichte und Gegenwart bekannten Folgen militärischer Rüstung und Konfliktaustragung eher in Kauf zu nehmen. Hinzu kommen die Vorteile einer Entmilitarisierung: Sicherheitsgewinn durch Angstabbau bei möglichen Gegnern, Glaubwürdigkeits- und Ansehensgewinn, Kosten- und Ressourcenersparnis und vermehrtes Engagement für Gerechtigkeit und Schöpfungsbewahrung sowie Vorbild- und Modellfunktion für andere Länder. (Ein Beispiel hierfür könnte die mit der Gründung der Bundesrepublik beschlossene beispiellose Abschaffung der Todesstrafe sein, die heute zum europäischen Standard geworden ist.)
- 6) Das Vertrauen auf militärische Gewalt und entsprechende Bündnispolitik wurden schon in der Geschichte Israels als ein Widerspruch zum Vertrauen auf den HERRN kritisiert (sehr eindrücklich in Esra 8,22 ff). Auch Jesus warnt vor der Unmöglichkeit, zwei Herren dienen zu können, in diesem Fall Gott oder Mars. Insbesondere sehen wir uns durch die Seligpreisungen Jesu für die Sanftmütigen und die Friedensstifter (Mt 5,5.9) auch geistlich ermutigt, diesen Weg einzuschlagen.
- 7) Die wesentliche Voraussetzung zu einem dauerhaften Frieden ist nach biblischem Zeugnis die Gerechtigkeit. Wenn Menschen im sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenleben fair miteinander umgehen, werden wesentliche Voraussetzungen zum Krieg abgebaut. Die Goldene Regel Jesu („*Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Menschen tun sollen, das sollt auch ihr ihnen tun.*“ Mt 7,12) kann in allen Lebensbereichen zu einem fairen Verhalten sensibilisieren und den Weg zu mehr Gerechtigkeit weisen. Wie in der EKD-Denkschrift zutreffend ausgeführt, erfordert **ein Mehr an weltweiter Fairness**, dass in den gegenwärtig reichen Ländern ressourcensparender gelebt wird.

Persönliche und institutionelle CO₂ –Bilanzen können ein hilfreicher Indikator für das individuelle und kollektive Verhalten sein und Veränderungen einleiten, wie auch die Sensibilisierung und Werbung für den Kauf von Fair-Trade-Produkten.

- 8) Die drei aus der prophetischen Tradition des Ersten Testamentes stammenden Kriterien zur einer friedlicheren Welt (Jes 2,1 ff/Mi 4,1 ff.) geben auch für die Gegenwart wichtige Impulse:
 - ▷ Schaffung und Erhaltung **gerechter Strukturen** in und zwischen den Völkern sowie Anerkennung **übergeordneter Schiedsinstanzen** für Konfliktregelungen
 - ▷ **Konversion** der Kriege ermöglichenden und auch hervorrufenden Rüstungsproduktionen in zivile, lebensdienliche Produktionen
 - ▷ **Weigerung der BürgerInnen**, sich für Militärdienste zur Verfügung zu stellen⁸

8 Gerade dieser Punkt ist der entscheidende Hebel einer Bevölkerung gegen ein „Weiter-so“ von PolitikerInnen und MilitärstrategInnen. Die Geschichte der Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik Deutschland ist nach Jahrhunderten der – von den Kirchen geförderten – selbstverständlichen Kriegsbeteiligung junger Menschen ein ermutigendes Zeichen. BONHOEFFER, Dietrich: „*Nur das eine große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt kann es so sagen, dass die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernehmen muss und dass die Völker froh werden, weil diese Kirche Christi ihren Söhnen im Namen Christi die Waffen aus der Hand nimmt und ihnen den Krieg verbietet und den Frieden Christi ausruft über die rasende Welt.*“ zit. nach http://www.ekd.de/predigten/050403_hro_st_georg_london.html – Zugriff am 1.6.2010
KORSCHKE, Martin, In die Augen schauen statt zuschlagen, in der Zeitschr. Publik Forum, Oberursel, Nr. 6/2007, S. 29: „Würde die Milliarde Christen auf der Erde, würden vor allem auch die Kirchen Jesu Gewaltfreiheit täglich praktizieren – die Welt sähe anders aus, friedlicher.“

- 9) Eine dem gedeihlichen Zusammenleben der Menschen verpflichtete rechtsstaatliche Polizei- und Justiz (nur dies lässt sich nach unserer Auffassung aus Rö 13 ableiten), die Gewalt ausschließlich nach den zivilen Notwehr- und Nothilferegeln anwenden darf, ist mit den christlichen Grundsätzen vereinbar. Diese kann zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Terror, internationalem Menschenhandel usw. unter denselben Bedingungen auch auf übergeordneten Ebenen wie EU oder UNO eingerichtet werden.
- 10) Das Nachdenken über eine christliche Stellungnahme zur Friedensethik muss in erster Linie von der christlichen Friedenstheologie abgeleitet werden. Dabei gilt es, die verschiedenen Traditionen in unserer Kirche zu Wort und ins Gespräch kommen zu lassen. Da Gewaltfreiheit im Unterschied zu militärischer Gewalt nicht direktiv verordnet werden kann, sondern vom Engagement vieler Menschen lebt, ist **eine breite Diskussion in den Gemeinden und Kirchenbezirken erforderlich.**

2. Der friedensethische Beschluss der Landessynode vom 24. Oktober 2013

Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden

Beschluss:

Die Landessynode hat am 24. Oktober 2013 folgendes beschlossen:

I.

Die Landessynode der Evangelischen Kirche in Baden begrüßt den durch die Eingabe der Bezirkssynode Breisgau-Hochschwarzwald angestoßenen, breiten Diskussionsprozess zur Friedensethik in der Landeskirche. Grundlage dieses Diskussionsprozesses war der Entwurf eines Positionspapiers zur Friedensethik.

Das ernsthafte und intensive Ringen um eine Neuorientierung der Friedensethik innerhalb der Evangelischen Landeskirche in Baden muss weitergehen.

Die Landessynode bittet die Gemeinden und Bezirke der Landeskirche, die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihre Gliedkirchen, weiter an dem Thema zu arbeiten. Sie stellt dazu eine überarbeitete Fassung des Papiers zur Verfügung, das den Titel trägt:

Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens (Lk 1,79) – ein Diskussionsbeitrag aus der Evangelischen Landeskirche in Baden

Die Landessynode stimmt den unter Nr. 3.2¹ des Papiers zusammengestellten Vorschlägen zu und ersetzt die Nr. 3.1 durch die folgenden Beschlüsse:

KIRCHE DES GERECHTEN FRIEDENS WERDEN

Das Engagement für den Frieden lebt aus Gebet und Gottesdienst. Das Gebet für den Frieden in der Welt ist Bestandteil vieler Gottesdienste. Daneben sind die jährliche ökumenische Friedensdekade und der internationale Gebetstag für den Frieden (21. September) Anlässe, an denen Friedensgottesdienste auch in Zukunft gefeiert werden sollen. Für Frieden und Versöhnung einzutreten gehört zum Kern des kirchlichen Zeugnisses. Dieses Zeugnis kann nicht nur in die gesamtkirchliche Verantwortung delegiert werden, sondern verlangt dauerhaftes Engagement auf allen kirchlichen Ebenen. Die Kirche wird in der Öffentlichkeit als ethische Instanz gesehen und es wird zu Recht erwartet, dass sie Stellung bezieht zu Gewalt, Unrecht und Verfolgung.

In der Beschäftigung mit der Friedensethik ist uns bewusst geworden, dass wir dem Friedensthema zu wenig Beachtung geschenkt haben und nicht genug um Frieden ringen. Wir fragen zu wenig, inwieweit unser Lebensstil und unser Konsumverhalten zur Verschärfung von Konflikten beitragen und Kriege zur Folge haben können. Wir nehmen nicht eindeutig genug Stellung, wenn Menschen durch Gewalt bedroht und verletzt werden. Wir setzen uns zu wenig dafür ein, dass Konflikte auf gewaltfreiem Weg beigelegt werden.

Wir wollen uns der Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden stellen und bitten Christinnen und Christen auf allen Ebenen unserer Landeskirche, die nachfolgenden Impulse und Empfehlungen in ihrem eigenen Umkreis – ihren Möglichkeiten gemäß – umzusetzen.

1. Die Landessynode verpflichtet sich, mindestens einmal im Laufe einer Amtsperiode das Thema „Frieden“ auf ihre Tagesordnung zu setzen und zu prüfen, welche Schritte in der Landeskirche hin zu einem gerechten Frieden bisher gegangen wurden, was zu bestärken, was zu korrigieren und was neu auf den Weg zu bringen ist.
2. Kirche hat den Auftrag, die Stimme des Evangeliums vernehmbar werden zu lassen. Die Landessynode bittet den Evangelischen Oberkirchenrat, in regelmäßigen Gesprächen mit Verantwortlichen in der Politik, die Friedensbotschaft der Bibel zu Gehör zu bringen, kritisch auf die Einseitigkeit militärischer Optionen hinzuweisen und die Begründung der zahlreichen Auslandseinsätze der Bundeswehr zu

1 Der Beschluss bezieht sich auf die Vorlage. Wir haben den Punkt 3.2 angefügt.

hinterfragen. Ebenso sollen Entwicklung und Umsetzung gewaltfreier Konzepte und Instrumente der Prävention, der Lösung von Konflikten und der Friedenskonsolidierung immer wieder ins Gespräch gebracht werden.

Weiter bittet die Landessynode die Leitungsverantwortlichen der Kirchenbezirke, regelmäßig Abgeordnete der Parlamente zu Gesprächen einzuladen und dabei kirchliche Anliegen und Stellungnahmen zu aktuellen Themen von Frieden und Gerechtigkeit zu Gehör zu bringen.

3. Die Evangelische Landeskirche in Baden fördert Konfliktprävention und zivile Konfliktbearbeitung durch die Ausbildung von Fachleuten in konstruktiver Konfliktbearbeitung und Entsendung von badischen Friedensfachkräften in andere Länder. Dies soll in Zusammenarbeit mit internationalen Partnerkirchen und ökumenischen Organisationen geschehen, z. B. durch:
 - Übernahme von Patenschaften für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zivilen Friedensdienstes, um eine Identifikation mit dem „Zivilen Friedensdienst“ zu befördern.
 - Vortragsrundreisen von ZFDLeistenden in der Landeskirche (Aktion „Zivil statt militärisch“).
 - Unterstützung von Gruppen, die auf gewaltfreien Wegen Änderungen in Diktaturen und Bürgerkriegsländer anstreben.
 - Gründung von Patenschaften mit Kirchengemeinden in Krisengebieten.

Die Programme „Jugendliche werden Friedensstifter“ und „Freiwilliger ökumenischer Friedensdienst“ sollen weitergeführt und andere friedenspädagogische Angebote entwickelt werden.

Der Evangelische Oberkirchenrat wird gebeten, bis zur Frühjahrstagung 2014 der Landessynode entsprechende Vorschläge vorzulegen.

4. Soziale Gerechtigkeit und das Recht auf nachhaltige Entwicklung sind grundlegende Voraussetzungen für Frieden unter den Völkern.

Notwendig sind ein sozial gerechtes Wirtschaften und ein schonender Umgang mit der Natur und den Lebensgrundlagen. Der Klimawandel ist eine der zentralen ökologischen, sozialen und friedenspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Besonders gravierend sind seine Folgen für die Menschen in den armen Ländern. Konzepte, die Klimagerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und das Recht auf Entwicklung zusammenbringen und Wege zu verändertem (kirchlichen) Handeln aufzeigen, sind dringend gefragt. Mit ihrem Klimaschutzkonzept hat die Landeskirche bereits einen Plan zur CO₂ Reduktion vorgelegt. Außerdem hat sie ein Projekt zur „ökofairen und sozialen Beschaffung“ in Auftrag gegeben. Die Umsetzung dieser ehrgeizigen Vorhaben ist nicht nur eine Herausforderung für das Management, sondern auch eine geistliche Herausforderung, da sie der Kirche wie auch den Einzelnen tiefgreifende Verhaltensänderungen abverlangt.

Wir ermutigen die Gemeinden, unbeirrt und mutig in diesem Prozess weiter aktiv zu bleiben bzw. zu werden.

5. Die Evangelische Landeskirche in Baden setzt sich für einen Ausbau der kirchlichen Friedensforschung in Kooperation mit der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) ein, die einen Transfer zwischen Wissenschaft, Kirche, Friedensorganisationen, Gesellschaft und Politik leistet und den interreligiösen Dialog zu den Themen „Religionen und Frieden“ und „Religionen und Konflikte“ vertieft.

Der EOK wird gebeten, eine Beauftragung der FEST mit einem Forschungsprojekt im Bereich des „Just Policing“ zu prüfen. Dieses soll klären, ob und wie in zwischenstaatlichen Konflikten militärische Gewalt immer mehr durch polizeiliche Zwangsmaßnahmen ersetzt werden kann.

6. Gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der nuklearen Energiegewinnung, gilt es – möglicherweise in Abstimmung mit anderen EUMitgliedsstaaten – ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen.

Mitglieder und Mitarbeitende des EOK sowie Synodale werden gebeten, dieses Anliegen bei Begegnungen mit den in der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) zusammengesetzten Kirchen einzubringen.

7. Beim Export von Kriegswaffen müssen die gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen eingehalten und Transparenz über die Entscheidungen des Bundessicherheitsrates hergestellt werden. Mittelfristig ist der Export von Kriegswaffen einzustellen.

Dazu fordert die Landessynode die Bundesregierung und die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf. Deshalb wird die Evangelische Landeskirche in Baden in Gesprächen auf allen Ebenen mit verantwortlichen Politikerinnen und Politikern auf Verwirklichung dieser Forderung dringen.

Als Grundlage solcher Gespräche kann der jährliche Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) dienen.

8. Viele Gemeinden haben über ihre Gemeindeglieder und Firmenkontakte direkte Beziehungen auch zu Unternehmen, die Rüstungsgüter herstellen. Ein Teil der kirchlichen Einkünfte kommt aus Steuern der dort Beschäftigten. Deshalb besteht eine Verantwortungsgemeinschaft, die weitergestaltet werden muss. Bei der Anlage von Kapitalien hat die Landeskirche bereits als Kriterium aufgestellt: „Die Anlage soll Unternehmen ausschließen, die in Bereichen tätig sind, die wir für ethisch bedenklich halten (z.B. Rüstungsgüterproduktion, Glücksspiel).“

Der EOK wird gebeten, zu überprüfen, inwieweit Kirchensteuermittel direkt zur Linderung von durch Kriegswaffen entstandener Not eingesetzt werden bzw. künftig eingesetzt werden können.

9. **In den Einrichtungen der Aus, Fort und Weiterbildung der Landeskirche sind die Themen „aktive gewaltfreie Konfliktbewältigung“ sowie Möglichkeiten und Methoden der Friedensarbeit als verbindliche Bildungsinhalte aufzunehmen.**
10. **Die landeskirchlichen Mitglieder der EKDSynode sowie der Evangelische Oberkirchenrat werden gebeten, in den Gliedkirchen und Gremien der EKD (Synode, Kirchenkonferenz und Rat) sich dafür einzusetzen, dass das Gespräch über das Friedensthema vertieft weitergeführt und die Denkschrift von 2007 auf dem Hintergrund des badischen Diskussionsprozesses und der veränderten Situation hin zu einer eindeutigeren Option für Gewaltfreiheit im Sinne des umfassenden Verständnisses des gerechten Friedens weiterentwickelt wird. Dabei sind Maßnahmen politischen Handelns, die zur Vorbeugung und Vermeidung von Eskalation dienen, verstärkt in den Blick zu nehmen.**
11. Im interkonfessionellen und interreligiösen Gespräch sollen die Chancen vermittelnder friedlicher Interventionen durch Vertreterinnen und Vertreter von Religionen und Konfessionen angesprochen und die Beteiligten dazu ermutigt werden. **Dazu ermutigen wir alle an interreligiösen Gesprächen Beteiligten.**
12. 2014 erinnern wir uns daran, dass vor 100 Jahren der 1. Weltkrieg und vor 75 Jahren der 2. Weltkrieg begann. Im gleichen Jahr feiern wir den 25. Jahrestag des Mauerfalls und der friedlichen Revolution in Deutschland. Gottesdienste zu diesen Anlässen bieten Raum, für Frieden zu danken und Schuld zu bekennen.

Die Landessynode bittet die Gemeinden und Bezirke, die Dienste und Werke, in diesem Jahr unsere gemeinsame Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit zum Thema zu machen. Dies kann geschehen in grenzüberschreitenden Begegnungen, auf Akademietagungen, in Biographiewerkstätten, in Zusammenarbeit mit Heimatvereinen, in Schulen, an Gedenkstätten und in Gesprächen mit Zeitzeuginnen/Zeitzeugen, Soldatinnen/Soldaten, Vertreterinnen/Vertretern von Friedensgruppen und Politikerinnen/Politikern.

II.

Das Anliegen des Herrn Dr. Walther zum Thema Friedenssteuer wird mit der Bitte um Stellungnahme an den Evangelischen Oberkirchenrat weitergeleitet.

3.2 FRIEDEN LERNEN

Frieden kann gelernt und muss gelehrt werden. Methoden der konstruktiven Konfliktbearbeitung und die Praxis der aktiven Gewaltfreiheit müssen erlernt, immer wieder eingeübt und strukturiert werden. Zur Entwicklung und Umsetzung entsprechender Konzepte soll geprüft werden, ob die evangelischen Kirchen im Südwesten gemeinsam ein „evangelisches Institut für Friedenspädagogik“ einrichten können.

Folgende weitere Schritte werden vorgeschlagen:

- Die konstruktive gewaltfreie Austragung von Konflikten kann bereits im Kindergarten gelernt werden.
 - In der Konfirmandenarbeit hat sich das Konzept „Jugendliche werden Friedensstifter“ bestens bewährt und soll weiter ausgebaut werden. Wenn Konfirmanden mit der Vermittlung der christlichen Glaubensgrundlagen auch den Umgang mit Konflikten lernen, dann wird deutlich, dass dem Glauben an den Gott des Friedens auch ein Friedenshandeln seitens der Christen folgen muss.
 - In den Schulen haben sich die Streitschlichtertrainings überall etabliert und zeigen den Jugendlichen, wie wichtig die Funktion von Mediatoren in einem Konflikt sein kann. Das Konzept „Jugendliche werden Friedensstifter“ kann auch hier ausgebaut werden. Evangelische Schulen sollten ein friedenspädagogisches Profil haben.
- In den Bildungsplänen für den Religionsunterricht müssen Fragen der Friedensethik und konstruktive Konfliktbearbeitung verankert bleiben. Historische Fallstudien (Gandhi, Martin Luther King, Philippinen, Liberia) können Jugendlichen die Wirksamkeit gewaltfreien Handelns nahebringen. Wo Religionsgemeinschaften in ihrer Friedensarbeit religionsübergreifend zum Frieden beitragen (Nigeria, Liberia) ist darauf im Religionsunterricht besonders hinzuweisen.
- Gemeinden, die sich in ihrer Arbeit z.B. im Kindergarten oder der Konfirmandenarbeit und der Erwachsenenbildung oder in ihrem Stadtteil besonders als „Friedensstifter“ engagieren, werden ausgezeichnet.
- Das Thema „gewaltfreie Konfliktbearbeitung“ muss fester Bestandteil der Bildungspläne aller kirchlichen Ausbildungsgänge werden.
- Friedenstheologie sollte bereits im Theologiestudium angeboten werden; in der zweiten Ausbildungsphase der Pfarrerinnen und Pfarrer müssen Informationen über Institutionen und Strukturen der landeskirchlichen und EKDweiten Friedensarbeit ebenso vermittelt werden wie ein Grundwissen (z. B. über Methoden konstruktiver Konfliktbearbeitung oder die reale friedenspolitische Relevanz religiöser Akteure auf nationaler wie internationaler Ebene). So können Pfarrerinnen und Pfarrer und andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kirche in theologischer, wie in politischer Hinsicht befähigt werden, Antworten auf die friedenspolitischen Fragen unserer Zeit zu geben.
- Ökumenisches, interreligiöses und interkulturelles Lernen ist ein wichtiger Baustein der Friedenspädagogik. Projekte wie FIT (Fit durch interkulturelles Training) haben Erfolg und sollen aufgenommen und ggf. weiterentwickelt werden. Gleiches gilt für den „Freiwilligen Ökumenischen Friedensdienst“ der Landeskirche und die Partnerschaftsarbeit, bei denen Fragen der Friedensethik im ökumenischen und interkulturellen Gespräch verstärkt vorkommen.
- Die Evangelische Akademie Baden und die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) nehmen das Friedensthema und friedensethische Fragestellungen weiterhin in ihren Veranstaltungen und Tagungen in vielfältiger Weise auf. Sie analysieren und beleuchten dabei die Gewalt und Friedenspotenziale der Weltreligionen. Auf Tagungen der Akademie werden regelmäßig die Zusammenhänge von Frieden und wirtschaftlichem Handeln in regionaler und globaler Hinsicht reflektiert und wird unter wirtschaftsethischen und sozialetischen Aspekten nach nachhaltig friedensfördernden und konfliktmindernden Handlungsansätzen gesucht.

-
- Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) nimmt in konkreten Krisen- und Konfliktsituationen in der Arbeitswelt eine aktive Rolle wahr, indem er versucht, Beteiligte zu einem aktiven Konfliktmanagement zu gewinnen, durch Gespräche und Vermittlungen deeskalierend zu wirken und Perspektiven für ein gewaltvermindertes Miteinander aufzuzeigen.
 - Der Kirchliche Dienst auf dem Lande (KDL) greift immer wieder auch Probleme von Entwicklungsländern und deren Abhängigkeiten durch gewalttätige ungerechte Strukturen auf (z.B. land grabbing).
 - Beim Thema „Gewalt überwinden“ und „Frieden stiften“ müssen die unterschiedlichen Beiträge – und die unterschiedliche Betroffenheit – von Männern und Frauen im Blick sein. Der Männerarbeit und der Frauenarbeit der badischen Landeskirche kommt hier eine wichtige Rolle zu.
 - Das ökumenische Jugendprojekt „Mahnmal zu Erinnerungen der am 22. Oktober 1940 verfolgten Juden“ soll mit einem nachhaltigen friedenspädagogischen Konzept ausgebaut werden.

3. Karlsruher Aufruf 2015/16 an die EKD

Arbeitsstelle Frieden
Landeskirche in Baden

Forum Friedensethik in der Evangelischen

Karlsruher Aufruf 2015/16 an die EKD:

Gewaltfrei für den Frieden

„Der Krieg als Institution muss in einer fortlaufenden Anstrengung abgeschafft werden.“ (Carl Friedrich von Weizsäcker, 1963)

Wir bitten den Rat und die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) um die Weiterentwicklung ihrer friedensethischen Position im Sinne der aktuellen landeskirchlichen und ökumenischen Diskussionen.

Die EKD braucht ein klares **friedensethisches Leitbild zur Überwindung des Krieges**. Die Bereithaltung, Androhung und Anwendung militärischer Gewalt wird nicht mehr kirchlich mitgetragen, auch nicht als äußerstes Mittel (*ultima ratio*), wie es in der EKD-Friedensdenkschrift 2007 vertreten wird. Dies entspricht der Nachfolge des auf Gewalt verzichtenden Jesus Christus.

Die EKD möge sich in Gesellschaft und Politik für einen friedenspolitischen Wandel engagieren, weg von der gegenwärtigen, auf militärischer Stärke und Einsatzbereitschaft basierenden Sicherheitslogik hin zu einer **friedenslogischen Politik**, die auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung setzt. Wie die EKD-Ostdenkschrift von 1965 ein wichtiger Impuls für die dann einsetzende Ost-West-Entspannungspolitik war, könnte eine friedenslogische EKD-Denkschrift eine Neuorientierung in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik anregen und fördern.

Bitte den Aufruf mit Unterschrift/en so früh wie möglich, jedoch spätestens bis zum 31.01.2016 zurücksenden an die Arbeitsstelle Frieden, EOK Postfach 2269, 76010 Karlsruhe oder per E-Mail: frieden.ekjb@ekiba.de

Vi.S.d.P: Dr. Dirk-M. Harmsen, Bertha-von-Suttner-Straße 3 a, 76139 Karlsruhe

Erläuterung

- Wir bitten die EKD, die in Baden und in anderen Landeskirchen derzeit laufenden friedensethischen Diskussionsprozesse sowie den Pilgerweg der Ökumene zum Anlass zu nehmen für eine Weiterentwicklung der bisherigen EKD-Friedensdenkschrift von 2007. Die dortige Feststellung, „Noch kann nicht davon die Rede sein, dass sich die politische Gesamtausrichtung von der Perspektive der zivilen Konfliktbearbeitung leiten lässt“ (Ziff. 179), ist leider weiterhin zutreffend. Deshalb gilt es, die ebenfalls in dieser Denkschrift enthaltene Erkenntnis, „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten“ (Ziff. 194), weiter zu konkretisieren: Wir halten einen Wandel von der militärischen Sicherheitslogik zu einer friedenslogischen Politik für dringend geboten. Sicherheit kann man nicht gegeneinander erreichen, sondern nur miteinander.
- Gegenwärtig ist eine zunehmende Militarisierung der internationalen Beziehungen zu beobachten. Die angeblich friedenschaffende Wirkung der zurückliegenden Militäreinsätze hat sich nicht bewahrt. Im Gegenteil, es bestätigt sich die alte Erkenntnis, dass Kriege neue Kriege erzeugen. Die erste Ökumenische Versammlung nach dem zweiten Weltkrieg erklärte schon 1948 in Amsterdam: „Krieg ist Sünde wider Gott und eine Entwürdigung des Menschen“.
- Die Propheten des Alten Testaments (z.B. Jesaja 2,1-5; 32,9-20) verstanden Frieden als die Frucht der Gerechtigkeit – wenn Menschen fair zusammenleben, wenn Konflikte durch Rechtsprechung geregelt werden und jeder Mensch sein Auskommen hat. Anstelle der enormen Militärausgaben fordern wir den verstärkten Ausbau weltweiter fairer Wirtschaftsbeziehungen, ziviler Friedensarbeit und Konfliktbearbeitung.
- Für den Weg der Gewaltfreiheit ermutigt uns Jesus Christus: Er preist die Sanftmütigen und die Friedenstifter selig und ruft zu Gewaltverzicht und Feindesliebe auf (Matthäus 5). Die Friedensforschung

belegt ein solches Verhalten als vernünftig: Gewaltfreies Konfliktverhalten führt schneller zum Erfolg, fordert weitaus weniger Opfer und ist wesentlich nachhaltiger als militärisches Vorgehen.

Vorschläge für politisches Handeln befinden sich in dem badischen Synodalbeschluss „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens (Lk 1,79) – Ein Diskussionsbeitrag aus der Evangelischen Landeskirche in Baden“ vom 24. Oktober 2013 unter „Konkretionen“ S. 10-13; www.ekiba.de/friedensethik

Dort gibt es auch weitere friedensethische Hintergrundinformationen, z.B. zum Ansatz der Friedenslogik.

Bitte tragen Sie durch Kopieren dieser Vorlage oder durch Anforderung weiterer Exemplare zur Verbreitung dieses Aufrufes bei!

30.3.2015

Impressum:

Herausgeber: Stefan Maaß (Friedensbeauftragter der Evang. Landeskirche in Baden)
in Kooperation mit Jürgen Stude, Theodor Ziegler

Karlsruhe Dezember 2023

ISBN: 978-3-8079-9973-9

